



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Digitale Transformation

Was bedeutet sie für Wirtschaft und Gesellschaft?

ab Seite 3

Aktuelle Krisen

Was ist Deutschlands Rolle im Krieg gegen die Ukraine, wie lässt sich der Dialog mit China aufrechterhalten und wie umgehen mit Hass im Netz?

Seite 12

Zentralasien

Mediensysteme Zentralasiens zählen zu den unfreiesten der Welt – über Scheinwelten, Personenkult und eine kontrollierte Öffentlichkeit.

Seite 20

Symposion

Zum 80. Geburtstag des früheren Akademiedirektors Heinrich Oberreuter wurde diskutiert über die herausgeforderte Demokratie.

Seite 29

Blick über den See

Inhalt

DIGITALISIERUNG

- 3** „Wer rastet, der rostet“ – der Strukturwandel als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- 6** Geht der Bildungstrend in die richtige Richtung?
- 9** Ist die Digitalisierung generationengerecht?

WIRTSCHAFT

- 12** Impulse für Wege aus den vielen Krisen

GESELLSCHAFT

- 17** Diskriminierungen erkennen – und ihnen entschlossen entgegentreten

INTERNATIONALE POLITIK

- 20** Scheinwelten, Personenkult, kontrollierte Öffentlichkeit: Staatspropaganda in Zentralasien
- 22** Tunesien – vom Arabischen Frühling zum autoritären Staat

POLITIK

- 24** Jugendliche im Austausch über und mit Politik

GESCHICHTE

- 28** Wie hängen Raum, Zeit und Gewalt in der Geschichte zusammen?

AKADEMIE INTERN

- 26** Digitalisierungsprojekte in der Akademiebibliothek
- 29** Die herausgeforderte Demokratie
- 32** Namen – Nachrichten
- 32** Impressum
- 33** Starnberger Landkreislauf in Andechs: Akademieteam bei Neuauflage dabei
- 34** Publikationen
- 35** Namen – Nachrichten



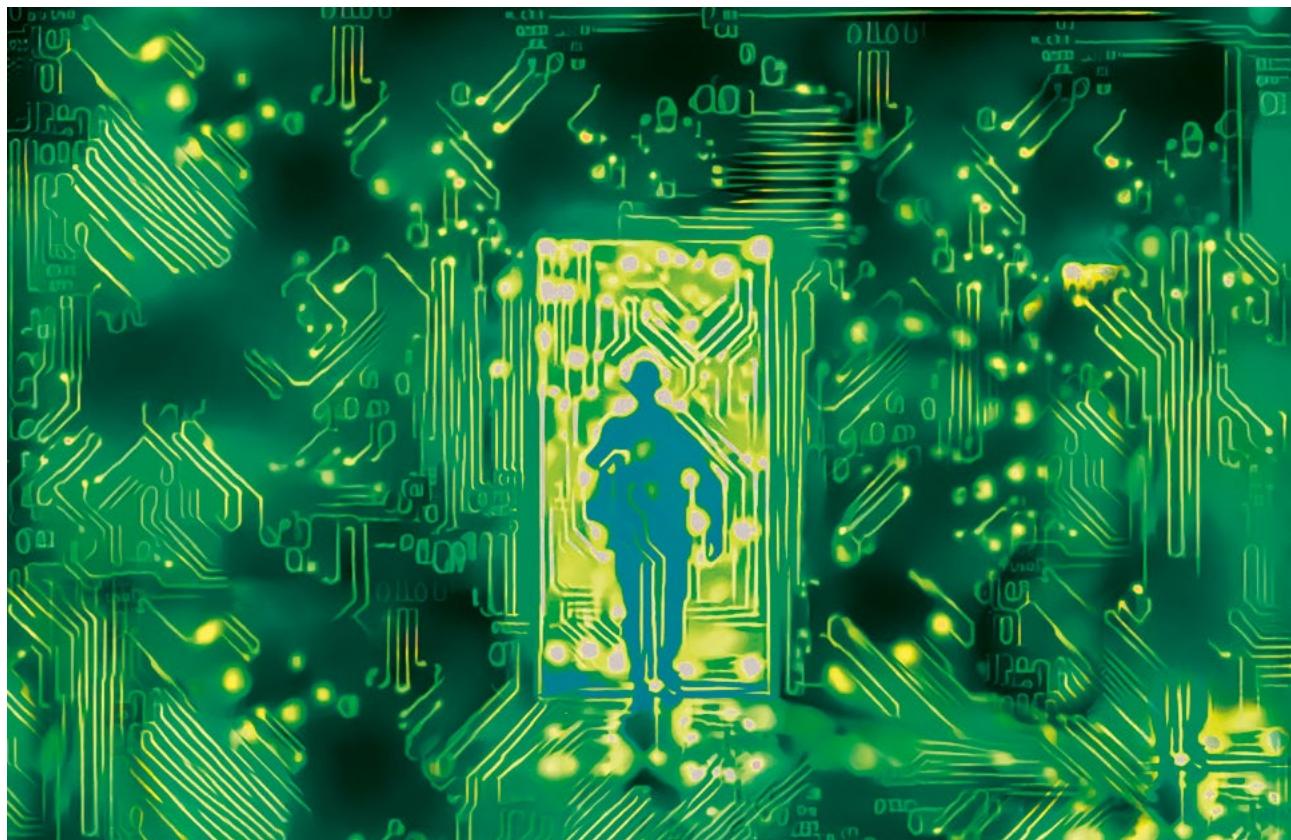
Gespräche mit Kommunalpolitikern (egal welchen Geschlechts) sind immer aufschlussreich. Zurzeit aber ganz besonders. Selbst in den wohlhabenden Teilen der Republik wie Bayern oder Baden-Württemberg scheint sich in den Kommunen etwas zusammenzubauen: die Sorge vor der Überforderung der eigenen Kapazitäten und des Personals. Natürlich gehört Klappern zum Handwerk,

und ein Kommunalpolitiker, der oder die Zufriedenheit zur Schau stellt, ist wohl nie einfach zu finden. Aber tatsächlich kommen fast alle Facetten der derzeitigen „Multikrise“ direkt in den Städten und Gemeinden an: Die Unterbringung der Flüchtlinge und die hohen Energiekosten und die mit beidem verbundene Wut einzelner Bürger, die ihre Kritik an „der Politik“ nicht nur im Digitalen, sondern auch vor Ort lautstark äußern.

Hinzu kommt die Notwendigkeit, die eigene Gemeinde möglichst schnell „klimaresilient“ zu machen und trotz eines eklatanten Mangels an Fachkräften u.a. in der Kinderbetreuung, der Pflege und der Verwaltung arbeitsfähig zu bleiben. Zu diesen und anderen dringlichen Aufgaben der Gemeinden kommt Grundsätzliches hinzu: Die Kommunen müssen sowohl Rechtsansprüche erfüllen, die Bund und Länder gern verankern (zuletzt auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026), als auch den gestiegenen Erwartungen etwa von Eltern gerecht werden, ohne selbst an den strukturellen Ursachen der Personalknappheit etwas ändern zu können. Als wären die wachsenden Ansprüche von Staat und Bürger-schaft nicht schon Herausforderung genug, fühlen sich gerade die kleineren Kommunen den bürokratischen Auflagen, die aus den Staatsministerien des Freistaats auf sie einprasseln, offenbar kaum noch gewachsen. Wenn mehr Unterlagen beigebracht werden müssen, damit ein Förderantrag einer Gemeinde überhaupt Chancen hat bearbeitet zu werden, bleibt weniger Zeit für die Anliegen der Bürgerschaft. Da tut sich womöglich ein Teufelskreislauf auf. Die Kombination aus übertriebenen bürokratischen Auflagen einerseits und (zu) weitreichenden Erwartungen der Einwohner andererseits setzt ausgerechnet die politische Ebene unter Druck, auf die wir alle angewiesen sind, damit unsere freiheitliche Demokratie weiterhin auf einem sicheren Fundament steht. Auch aus diesem Grund befasst sich die Akademie für Politische Bildung regelmäßig mit der kommunalen Ebene. Wir danken Ihnen, dass Sie uns dabei begleiten.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Der digitale Wandel öffnet neue Türen: unterschiedliche Gesellschaftsgruppen sind nun in der Pflicht, ihn zu gestalten.

© iStock/oonal

„Wer rastet, der rostet“ – der Strukturwandel als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

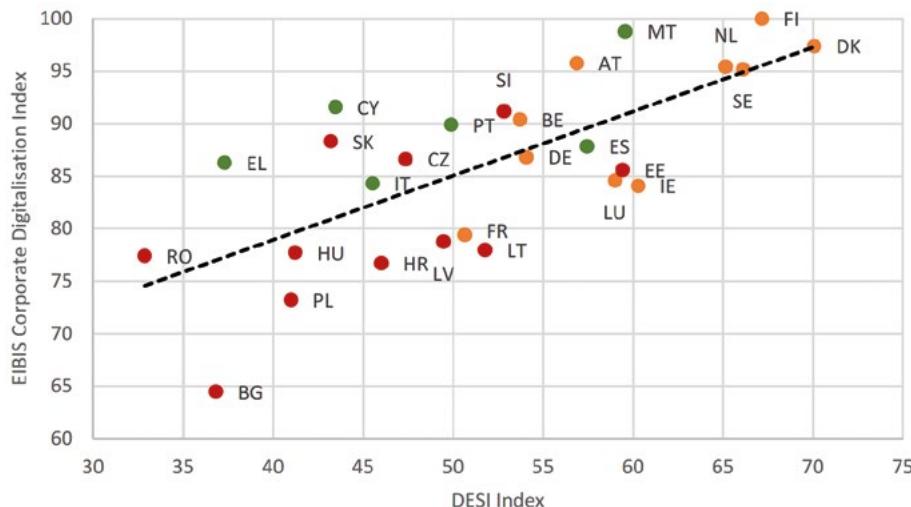
Obwohl die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht ausgestanden sind, Inflation, Gas- und Energiekrise als Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen, macht der strukturelle Wandel angesichts von Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demographie und (De-)Globalisierung vor uns nicht Halt. Das Wort „Transformation“ ist in aller Munde.

Welche gesellschaftlichen Weichen müssen gestellt werden, damit Transformation gelingen kann? Wie innovationsfähig ist unsere Wirtschaft? Wie veränderungsoffen ist die deutsche Zivilgesellschaft? Wie

können wir die öffentliche Verwaltung modernisieren? In diesem Sommer haben sich zwei Tagungen an der Akademie für Politische Bildung näher mit diesen Themen beschäftigt.

Bei der Kooperationstagung mit der gwt Starnberg „Von der Digitalisierungswüste zur Digitalisierungsoase“ lag der Fokus auf der Region Starnberg-Ammersee, die im nationalen Vergleich noch relativ gut aufgestellt ist. Allerdings können die wichtigsten Erkenntnisse der Veranstaltung, was Problemanalyse und mögliche Lösungsansätze angeht, durchaus auf die Bundesrepublik angewandt werden. „Die Rolle von Innovation in der großen Transformation von Arbeit und Gesellschaft“ stand im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe „Zukunft der Arbeit“ zusammen mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk.

Deutschland spielt im Mittelfeld, wenn es um die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft geht (siehe European Commission's Digital Economy and Society Index, DESI und EIBIS Corporate Digitalisation Index).



DESI und EIBIS Corporate Digitalisation Index, pro Land

© European Investment Bank, <https://www.eib.org/en/publications/digitalisation-in-europe-2021-2022>

Transformation ist ein „Multi-Stakeholder-Projekt“ und kann nicht von oben herab diktiert werden. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel bedingen sich einander, Unternehmen operieren nicht im luftleeren Raum. Eine wirtschaftliche Transformation kann ohne eine gesellschaftliche Transformation nicht gelingen. Die Gründe dafür sind einleuchtend: Die unterschiedlichen „Stakeholder“ eines Unternehmens sind Teil einer Gesellschaft. Je nachdem, welche Veränderungskultur gelebt wird, welche Weltbilder und Normen unser gesellschaftliches Miteinander prägen, spiegeln sich diese in der Unternehmenskultur und im Verhalten der Mitarbeitenden wider.

Deutschland im Mittelfeld

Laut den Ergebnissen des ifo Bildungsbarometers 2022 befürworten eine Mehrheit der Deutschen berufliche Weiterbildung, um mit dem Strukturwandel Schritt zu halten. Diese positive Grundeinstellung zur Veränderung ist notwendig, damit Beschäftigte vom Strukturwandel profitieren und nicht abgehängt werden. Obwohl der Wandel in den Köpfen der meisten angekommen ist, ist die Wirklichkeit in den Unternehmen und Institutionen allerdings oft noch von einer „geht-nicht“-Mentalität geprägt, die lähmend wirkt und die Dynamik einer positiven Veränderungskultur von vornherein ausbremsst.

International betrachtet spielt Deutschland, was die Digitalisierung des öffentlichen Sektors angeht, im Mittelfeld. Laut der aktuellen „E-Government“ Survey der UN kommt Deutschland unter den Top 15 der Welt nicht vor.

Angesichts der Vorreiter wie Dänemark oder Finnland sollten wir uns davor hüten, den liberalen Rechtsstaat oder gar die Demokratie als Ausrede zu bemühen, warum die Digitalisierung bis dato hinkt. Dem öffentlichen Sektor kommt eigentlich eine Leuchtturm- und

Vorbildfunktion beim digitalen Wandel zu. Indem die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht, kann sie „best practice“-Beispiele setzen und Innovationsmotor sein.

Es ist sicherlich nichtwegzudenken, dass das föderale System in der Bundesrepublik eine (zusätzliche) große Herausforderung in diesem Zusammenhang darstellt. Länderübergreifende Standards und einheitliche Verfahren für die unterschiedlichen Dienste wären wichtig, um einen Flicken-teppich zu verhindern. Anders

formuliert, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sollte die Transaktionskosten für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nicht noch erhöhen.

Ein oft geäußerter Vorwurf der Wirtschaft, aber auch der Kommunen an die höheren Ebenen der öffentlichen Verwaltung sei die überbordende Bürokratie. Wenn Verfahren „unbürokratisch“ und „schnell“ gehen sollen – wir haben es bei den Corona-Hilfen gemerkt – dann ist allerdings die Gelegenheit zum Missbrauch des Systems nicht weit. Pauschal Regelungen und Prozesse abzuschaffen, kann daher nicht die Lösung für einen handlungsfähigen staatlichen Apparat sein, der mit der Zeit geht. Gleichzeitig ist es selbstverständlich nicht zielführend, wenn sich staatliche Vorgaben im Mikro-Management verlieren. Denn dann gehen kostbare Zeit und Ressourcen verloren.

Rolle von Zivilgesellschaft

Ob es um die Energiewende oder den digitalen Wandel geht, öffentliche Verwaltung sollte als Katalysator für den Fortschritt an der Schnittstelle zwischen den staatlichen Institutionen und seinen Bürgerinnen und Bürgern fungieren, und nicht als reine Status-Quo Kraft, die beim Strukturwandel als Bremse wirkt. Die Transformationen sind derart gigantisch, dass es nur mit einem konstruktiven Miteinander zwischen Politik und Wirtschaft gelingen kann. Das Verhältnis zwischen Staat und Markt muss neu gedacht werden. Es ist eine ewig-gestrigie Diskussion diese beiden Kräfte gegeneinander auszuspielen als ginge es um ein Nullsummenspiel. Für die Herausforderungen der Zukunft braucht es beides im produktiven Miteinander. Ohne effektive politische Steuerung und Koordinierung werden diese Mammutaufgaben nicht zu stemmen sein. Eine zukunftsfähige Wirtschaft und ein leistungsfähiger Staat bedingen sich einander – gerade in einer freiheitlichen Demokratie.

Gleichzeitig kann die Rolle der Zivilgesellschaft in einer Demokratie, deren Wirtschaftsordnung sozial-marktwirtschaftlich organisiert ist, nicht zu sehr betont werden. Eine passive Haltung à la „die Politik wird es schon richten“, würde den Standortvorteil und die Anziehungskraft, was unser politisches System ausmacht, unterminieren. In anderen Worten: Der digitale Wandel muss auch „bottom-up“ passieren, von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen – Jung und Alt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, usw. – getragen werden.

Öffentliche Hand als Vorreiter

Laut Oliver Falck vom ifo Institut braucht es, zum Beispiel, einen offenen gesellschaftlichen Diskurs zum Umgang mit Daten. Die öffentliche Hand sollte eine Vorreiterrolle in der Bereitstellung anonymisierter Daten einnehmen. Dies würde die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle in Deutschland fördern. Im Moment wird oft ein falsch verstandener Datenschutz als Erklärung angeführt, weswegen die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland lahmt.



© [HTTPS://PUBLICADMINISTRATION.UN.ORG/EGOVKB/EN-US/REPORTS/UN-E-GOVERNMENT-SURVEY-2022](https://publicadministration.un.org/egovkb/en-us/reports/un-e-government-survey-2022)

Zu diesem gesellschaftlichen Diskurs zum digitalen Wandel benötigt es ebenso das Ausdifferenzieren, was wir als „fortschrittliche Gesellschaft“ verstehen. Als mündige Bürgerinnen und Bürger in einer liberalen Demokratie sind wir gerade in der Pflicht hier aktiv am Diskurs teilzunehmen und ihn zu gestalten. In Zeiten von sozialen Medien und deren Anfälligkeit von lauten, nicht die Mehrheit repräsentierenden Minderheiten, gekapert zu werden, ist dieser Aktivismus der breiten, leisen Mehrheit in der politischen Meinungsbildung mehr denn je gefragt.

Damit Transformation gelingen kann, benötigt es sicherlich auch eine andere Fehlerkultur in der Breite der Gesellschaft und eine Modernisierung unseres

Bildungs-, Aus- und Weiterbildungssystems hin zu der Förderung digitaler Kompetenzen und „Future Skills“. Ob es die Angst vor dem Scheitern ist, das lineare Verständnis von Karriere, fehlender Mut für „trial and error“, der nötige Mentalitätswandel sollte bereits in der frühkindlichen Bildung ansetzen, so Yasmin Mei-Yee Weiß von der Technischen Hochschule Nürnberg. Eine digital affinere Wirtschaft und Gesellschaft wird mit den veränderten Anforderungsprofilen auf dem Arbeitsmarkt produktiver umgehen können; lebenslanges Lernen, Umschulungen, die Aufwertung der Berufsausbildung werden selbstverständlich sein.

Rawi Abdelal und Thomas J. DeLong von der Harvard Business School haben in diesem Jahr ein Arbeitspapier veröffentlicht über die Ursprünge der Unzufriedenheit auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt. Seit dem Frühjahr 2021 haben ca. 4 Millionen Menschen in den USA ihren Arbeitsplatz gekündigt („Great Resignation“).

Die analytische Brille des Papiers kann man gut auf Deutschland in der gegenwärtigen Situation anwenden, sein Geschäftsmodell neu zu erfinden.

Die Autoren sprechen von einer Krise des „Mentoring and Meaning“, einer Führungs- und Sinnkrise, die viel Frustration bei den Mitarbeitenden auslöst. Um Innovationsfähigkeit zu fördern und dem Wandel positiv gegenüberzustehen, ist es im Umkehrschluss entscheidend, dass sich Menschen anerkannt und wertgeschätzt fühlen für das, was sie können, jenseits der materiellen Dimension.

Aspekte wie eine faire Bezahlung seien zwar notwendig, aber nicht hinreichend.

Neben sozialer Anerkennung sind sowohl die wahrgenommene Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit als auch das Gefühl der Zugehörigkeit entscheidende Schlüssel, warum Menschen offen für Veränderung sind. Sei es in den Betrieben, Behörden, Schulen oder auch privat in der Familie sind alle gefragt, in der eigenen Lebenswirklichkeit den Unterschied zu machen. Ob wir als Gesellschaft wandlungsfähig für eine digitale und nachhaltige Zukunft sind, ist nicht nur eine politische Aufgabe, es fängt auch bei einem selbst und im sozialen Miteinander im Kleinen an.

Giulia Mennillo



Was vor nicht langer Zeit sehr viel Zeit, Technik und Aufwand benötigt hätte, geht heute schnell und einfach, die Drohne übernimmt den Flug und die Aufgabe des Piloten oder der Pilotin gleich mit. Hier sehen Sie die Aufnahmen einer fliegenden Drohne zur Überprüfung der Solarpanels auf den Akademiedächern. Mehr dazu finden Sie im folgenden Bericht.

© Handwerkskammer für Oberfranken

Geht der Bildungstrend in die richtige Richtung?

Neue Tagungsreihe mit dem Bayerischen Handwerkstag stellt Grundsatzfragen

„Forum Politik und Handwerk“:
Dies ist der Titel des neuen Tagungsformats, welches die Akademie in Kooperation mit dem Bayerischen Handwerkstag ins Leben gerufen hat. Die demographische Entwicklung, der Fachkräftemangel und das Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung bildeten Schwerpunkte.

Im Rahmen des Forums Politik und Handwerk sollen von nun an in regelmäßigen Abständen politische und gesellschaftliche Entwicklungen aufgegriffen und mit

Vertreterinnen und Vertretern des bayerischen Handwerks sowie mit Teilnehmern aus anderen Bereichen diskutiert werden. Der Auftakt der Reihe widmete sich dem Thema „Wandel der Gesellschaft – Wandel der Arbeit“. Im Auditorium diskutierten Vertreter aus verschiedenen bayerischen Handwerkskammern und Innungen mit Wissenschaftlern, Angehörigen von Schulen, der Ministerialverwaltung und Verbänden. Die Premiere zeigte, wie groß der Diskussionsbedarf hinsichtlich der Zukunft des Bildungssystems in Deutschland angesichts der rasanten Veränderungen ist.

Der über Jahrzehnte vollzogene Wandel von einer Industrie- in eine Wissensgesellschaft hat zu einem Akademisierungstrend und zu Veränderungen von Werten und Einstellungen geführt, sagte der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Bonn, Friedrich Hubert Esser. „Der Opa Bergmann, der Vater mit kaufmännischer Ausbildung, die Tochter studiert BWL“, eine typische Bildungsgeschichte an

Rhein und Ruhr. Dadurch sei die Berufsbildung aber immer mehr in die Defensive geraten. Das lässt sich schon an der zurückgehenden Zahl der Ausbildungsumverträge ablesen, sagte Esser.

„Wer soll das alles eigentlich installieren?“

Der entstandene Fachkräftemangel wirke sich zum Beispiel auf die Neuausrichtung der Energiepolitik aus. Da fragt das Handwerk: „Wer soll das eigentlich alles installieren?“. Die gesellschaftliche Anerkennung durch den Beruf ist wichtig – im Blickwinkel der jungen Leute, aber vor allem der Eltern. Da hat es das Handwerk schwer, sagte Esser. Es sei zwar hoch angesehen und die Gesellschaft will Handwerk, aber will man auch Teil davon sein, fragte Esser. Er appellierte an die Politik, sich zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu bekennen, und zwar durch die Verrechtlichung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR, siehe auch Linktipps).



BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser: Berufsbildung in Defensive geraten

Der Fachkräftemangel beruht zur einen Hälfte auf der Zunahme der Akademisierung der Bildung, zur anderen Hälfte auf der gigantischen demographischen Entwicklung, bestätigte der Philosoph und ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin Essers Ausführungen.

Fachkräftemangel: Bildungspolitik auf falschem Gleis

Ohne die Zuwanderungswellen im Jahr 2015 und nunmehr durch den Ukraine-Krieg wäre alles noch dramatischer. Seit den späten 90er Jahren sei die Bildungspolitik aufs falsche Gleis gesetzt worden und habe eine gefährliche Richtung genommen, sagte Nida-Rümelin. Die Zahl der Studierenden sei immer weiter gestiegen und das System chronisch unversorgt gewesen. Die Folgen seien letztlich auf die Studierenden geschoben worden. Das ließ sich für gut organisierte Studierende bewältigen, aber ein Großteil sei daran gescheitert. Der Bildungsgipfel im Jahr 2006 in Dresden, der auf Initiative der damaligen Kanzlerin Merkel ausgerichtet wurde, habe zwar die Gefahr eines gravierenden Fachkräftemangels erkannt. Als Konsequenz wurde jedoch ein größerer Bedarf an Hochschulabsolventen gesehen.

Trendumkehr nutzen

So sei an den Universitäten ein Überhang entstanden, während es im Bereich der beruflichen Bildung zu dem Fachkräftemangel kam. Nida-Rümelin sieht jedoch nach jährlichen Zuwachsrate an den Universitäten von etwa 10 Prozent eine Trendumkehr. „Wäre dieser Prozess nicht gestoppt worden, würden wir uns jetzt gar nicht mehr über berufliche Bildung unterhalten“, sagte er. Aus dieser Balance müssen wir etwas machen, appellierte Nida-Rümelin.

Mit welchen gesellschaftlichen Tendenzen muss sich die bildungspolitische Debatte auseinandersetzen? Die Tagung nahm die Bereiche Arbeitswelt, private Lebensformen sowie Wohnen und Mobilität in den Blick.

Agilität wird wichtiger

Wilhelm Bauer, geschäftsführender Institutsleiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO in Stuttgart, ging auf die Megatrends der Arbeitswelt nach Corona ein. Versorgungskrisen, Kostenexplosion beim Material und Lieferkettenprobleme begründen extrem volatile Rahmenbedingungen. Agilität, Anpassungsfähigkeit und vorausschauendes Arbeiten werden immer wichtiger, sagte er. Bauer präsentierte mögliche Strategiefelder für ein hybrides Arbeitsmodell. Dazu gehört, Voraussetzungen für höchstmögliche Freiheit bei Wahl von Arbeitsort und Arbeitszeit zu schaffen (zum Beispiel Homeoffice, Coworking Spaces). Er wies darauf hin, dass bei Handwerksberufen, in denen die Umsetzung solcher Modelle schwierig ist, auch Forderungen nach entsprechenden Möglichkeiten zu erwarten sind – und Formen hybriden Arbeitens letztlich auch dort aufschlagen könnten.



Wilhelm Bauer: Arbeitswelt nach Corona

Christina Boll: Intensivierung der Elternschaft

Christina Boll, Leiterin der Abteilung „Familie und Familienpolitik“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München, widmete sich dem Wandel der privaten Lebensformen. „Familie ist nicht out“, sagte sie. Jedoch zeige sich in diesem Lebensmodell

ein Normenwandel, gerade mit Blick auf die Geschlechterrollen. Insgesamt zeige sich eine „Intensivierung der Elternschaft“ sowohl bei Männern als auch Frauen. Mütter würden mehr arbeiten, aber die Zeit, die sie mit den Kindern verbringen, steigere sich. Die Rolle des „männlichen Ernährers“ sei nach wie vor ein dominanter Lebensentwurf junger Männer. Neben die Ernährerrolle träten aber neue Aufgaben an den „neuen Vater“, was den Anspruch auch an die Vaterschaft steigere.

Kompakte Zentren

Die Präsidentin der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Sabine Baumgart, ging auf die Gestaltung urbaner Lebensräume ein. Ein „Donut-Effekt“ mit unbelebten Stadtzentren und Neubaugebieten und Einkaufszentren am Stadtrand sollte vermieden werden. Vorzuziehen sei der „Krapfen-Effekt“ mit kompakten und durchmischten Zentren, in den auch das Handwerk involviert ist. „Weniger Neubau, mehr Umbau“, riet Baumgart, zumal Bauabfall einen großen Faktor bei den CO₂-Emissionen darstellt.

Nachwuchs gezielt ansprechen

Basha Vicari vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit, ging auf das chronische

Frauendefizit in Handwerksberufen ein. Jugendliche schließen Berufe als Alternative aus, wenn sie negative Reaktionen aus ihrem Umfeld erwarten. Vicari plädierte dafür, möglichen Nachwuchs aus allen Schularten und auch Eltern und Lehrkräfte gezielt anzusprechen und über digitale Medien Vorbilder einzubinden (ausführlicher Bericht siehe Linktipp).

Bildungspolitischer Abend

„Mehr junge Frauen in Handwerksberufen“ war auch Gegenstand einer der fünf Thementische, an denen die Teilnehmer am „Bildungspolitischen Abend“ in Kleingruppen Ideen entwickeln und die Vortragsinhalte vertiefen konnten. Weitere Themen waren „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung“, „Fachkräftemangel und junge Generation“ sowie „Durchlässigkeit der beruflichen Bildung“. 

Gero Kellermann

Linktipps

Das Berufswahlverhalten von Frauen:
bit.ly/berufswahl-apb



Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR):
bit.ly/deutscher-qualifikationsrahmen



Zukunft der Arbeitswelt „begreifen“

Zeitweise war im Auditorium ein leises Surren zu hören. Dies war Bestandteil der Tagung: Johanna Erlbacher und ihr Team von der Handwerkskammer für Oberfranken präsentierten Beispiele für die Digitalisierung des Handwerks zum Anfassen: so einen surrenden 3D-Drucker, einen Roboter und eine fliegende Drohne zur Überprüfung der Solarpanels auf den Akademiedächern. Auch konnten die Teil-



Tagungsflaschenöffner aus dem 3D-Drucker.

© Schell (APB)

nehmer mittels VR-Brille historische Dachstühle begutachten und sich am Lackieren einer Autotür versuchen. Für alle Mitwirkenden gab es vom Bayrischen Handwerkstag einen im 3D-Drucker produzierten, aus Metallstaub gewonnenen Flaschenöffner mit Akademie- und Handwerkstaglogo.



Johanna Erlbacher (Portrait) und Team präsentieren digitales Handwerk.

Ist die Digitalisierung generationengerecht?

Vom Schüler bis zur Rentnerin: Generationengespräche über digitale Lebenswelten

Haben alle etwas von der Digitalisierung? Gibt es für ältere Menschen unüberwindbare Barrieren, um an deren Vorzügen teilhaben zu können? Und welche Konsequenzen ergeben sich für die Bildungsverläufe der Jüngeren, die mit den digitalen Techniken aufwachsen? Die Kooperationstagung mit der Jungen GI – Gesellschaft für Informatik e. V. bot einen Diskussionsraum für alle Altersstufen.



Generationendiskussion (v.li.): Carolin Neumann (Junge GI), Niklas Steenfatt (Youtuber), Anne Gottfreund (Seniorenkreis Starnberg), Landtagsvizepräsident Wolfgang Heubisch, moderiert von Gero Kellermann.

© Steininger (APB)

„Ich freue mich, dass so viel Junge da sind“, sagte Anne Gottfreund vom Seniorentreff Starnberg und blendete ein verzerrtes Bild eines Computerbildschirms ein. „Das ist absichtlich unscharf geblieben, damit Sie mal sehen, wie es den Älteren so geht“, sagte Gottfreund. Sie ist ITlerin im Ruhestand und gibt älteren Menschen Hilfestellungen beim Gebrauch von Tablet, Smartphone und Co. Sie schilderte typische Zugangsbarrieren. So sind QR-Codes für Ältere oftmals eine Hürde, selbst wenn sie ein Smartphone dabei haben. Viele trauen sich nicht zu fragen, was sie nun tun müssten. „Da sind schon Hemmschwellen da“, sagte Gottfreund. An die älteren Tagungsteilnehmer gewandt appellierte sie am Schluss: „Bleiben Sie dran“.

„Unbedingt am Ball bleiben“, riet auch der 76-jährige Vizepräsident des Bayerischen Landtags Wolfgang Heubisch (FDP) älteren Menschen. Man müsse nur die Grundfunktionen kennen, „dann macht das einen Riesenspaß“. Heubisch stößt mit seinen

Kurzvideos auf der Internetplattform TikTok auf große Resonanz. „Als TikTok aufkam, habe ich gesagt: Das mache ich niemals“.

In Kontakt mit jungen Leuten bleiben

Dann habe er sich aber angeschaut, was die Jugend zwischen 14 und 25 macht. Und da seien die Zahlen eindeutig: „Extreme Zuwächse, mittlerweile 1,6 Milliarden Menschen schauen TikTok an. Da wusste ich: Wenn Du in Kontakt mit den jungen Leuten bleiben willst, dann musst Du umschalten“.

Der Informatiker und Mathematiker Niklas Steenfatt ist Youtuber mit 200.000 Followern, ehemaliger Facebook-Mitarbeiter und Vizepräsident der Masterschool in London, einem globalen Netzwerk von Institutionen im Bereich der technologischen Bildung. „Ich selbst habe das Gefühl, dass ich in der optimalen Generation aufgewachsen bin“, sagte Steenfatt, der Mitte der 90er Jahre auf die Welt gekommen ist. Er sei gerade

noch alt genug gewesen, dass er nicht völlig mit Smartphones, Whiteboards usw. aufgewachsen ist. Andererseits zählt er sich „gerade noch zu den Digital Natives“.

Handhabbare Anwendungen für Ältere

Ihm fallen oft die Klüfte zwischen den Generationen hinsichtlich der Nutzung von Digitaltechnologien auf. Es sei für jüngere Menschen oft nicht offensichtlich, an welcher Stelle eine digitale Anwendung für Ältere kontraintuitiv ist. Es sei eine hochinteressante Frage, wie man Software und Interfaces gestalten kann, um digitale Anwendungen für ältere Menschen handhabbarer zu machen, sagte Steenfatt.

Für die jetzige Schülergeneration ist die Digitalisierung an Schulen ein Thema, welches durch die Pandemiephase eine neue Bedeutung gewonnen hat. Schüler und Schülerinnen aus mehreren Teilen des Bundesgebietes diskutierten über ihre Erfahrungen.

Digitale Endgeräte im Unterricht

Neuntklässler Tom aus Berlin machte auf das Fehlen einheitlicher Vorgaben beim Einsatz von Digitaltechnologien aufmerksam. Achtklässler Luke aus Nordrhein-Westfalen sagte, dass einige Lehrkräfte sehr gut mit der klassischen Kreidetafel arbeiten könnten, andere eher über Beamer. Die Digitalisierung biete jedoch mehr Möglichkeiten. Achtklässlerin Emilia aus Baden-Württemberg meinte, dass der Unterrichtseinsatz von digitalen Endgeräten die Motivation der Schülerinnen und Schüler erhöhen könnte.

„Wir müssen uns fragen, worin der Mehrwert der Geräte liegt“, knüpfte Simone Fleischmann, die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), daran. Darüber hinaus forderte sie eine gesellschaftliche Diskussion darüber, was Schule genau leisten soll. Lehrkräfte bräuchten einen „Bauchladen an Kompetenzen“. Man kann nicht immer Experten hinzuziehen, aber auch nicht für alles Experte sein, sagte sie. Der beste Lehrer sei letztlich derjenige, der den größten Bauchladen an Draht zu den Schülern hat.

„Ich komme aus der Kreidezeit“, sagte Gisela Becker von der Akademie für Lehrkräftefortbildung und Personalführung Dillingen. Sie hat sich in den Bereich der digitalen Methoden jedoch von Anfang an eingearbeitet.

Beim Thema Digitalisierung und Schule sieht sie eine Heterogenität, mit der man umgehen müsse: Manche Schulen sind gut mit Geräten ausgestattet, andere nicht. Auch die Lehrkräfte hätten ganz unterschiedliche Vorkenntnisse bei digitalen Techniken. Becker wies da-



Die wahrscheinlich häufigste digitale Vernetzung von verschiedenen Generationen findet heute über Videoanrufe statt.

© istock/Vanessa Nunes

rauf hin, dass sich die Lehrkräfte Kompetenzen zunehmend in Formaten „draufpacken“, die am Abend oder in den Ferien stattfinden. Der Wille zur Fortbildung sei da, nur bestehe auf Dauer die Gefahr von Überlastung.

Menschenzentrierte Digitalisierung

Das Abschlusspodium der Tagung widmete sich der politischen Gestaltung der digitalen Gesellschaft. Der Grünen-Politiker Benjamin Adjei sieht in dem technologiegetriebenen Wandel die Menschzentriertheit als einen Faktor an, der im politischen Alltag oftmals zu wenig berücksichtigt werde. Für Adjei, der Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion für Digitalisierung ist, sei es jedoch zentral, die Menschen zu ermächtigen, sich in einer digitaler werdenden Welt souverän bewegen zu können.



Simone Fleischmann (Präsidentin BLLV): Was soll Schule leisten?



Podcasterin Dorit Bosch: Migration in die digitale Welt.

Die Juristin Dorit Bosch ist im Bundesinnenministerium tätig und zudem als Podcasterin und Transformationscoach aktiv. „Die Gesellschaft ist zurzeit in der größten Migrationsbewegung, die es je gab: Wir migrieren alle in die digitale Welt“, sagte sie. Es gäbe welche, die sehr schnell vorankommen und andere, die abgehängt seien. Manche bräuchten auch gar nicht so viel von der digitalen Welt, stellte sie fest.

Man müsse danach fragen, welches Bedürfnis hinter einer digitalen Anwendung steht und wie diese „gestrickt“ wird. Dazu müsse man auch mit denjenigen sprechen, für die die Anwendung gedacht ist. Das gelte auch für die Einführung digitaler Bildungsformate. Dazu gehöre es, dass man generationenübergreifend zusammenkommt.

Die europäische Perspektive nahm Eva Feldmann-Wojtachnia ein. „Wir haben im Moment das europäische Jahr der Jugend. Ich weiß aber gar nicht, ob die Jugend das überhaupt mitbekommen hat“, sagte sie. Die EU sieht die Digitalisierung als eines der wichtigsten Vorhaben an. Als Strategiepapier für die „Digitale Dekade“ hat die EU den „Digitalen Kompass 2030“ aufgesetzt, erklärte Feldmann-Wojtachnia (siehe Linktipps).

Zugrunde lägen dabei europäische Werte: etwa bei digitalen Rechten, digitalen Diensten, einem fairen Datenzugang und fairer Datennutzung. Bestandteil sei auch der Aufbau eines „digitalen Bildungskosystems“ und der Ausbau digitaler Kompetenzen. Feldmann-Wojtachnia plädierte dafür, Schulen die Chance zu geben, den Einsatz digitaler Möglichkeiten ganz frei zu gestalten.

„Seltsamer Schwund“ bei MINT-Fächern

Stefan Hildebrand von der TU Berlin ist Mitgründer des interdisziplinären digitalen Lernzentrums „Byte Challenge“ (siehe Linktipps). „Wie Digitalisierung empfunden und akzeptiert wird, hat eigentlich nicht damit zu tun, was Digitalisierung ist, sondern vielmehr damit, wie man damit in Kontakt kommt“, fasste er seine Erfahrungen zusammen.



Stefan Hildebrand (TU Berlin): Es fehlen oftmals gute Erfahrungen.

Darin sieht Hildebrand auch die Ursache für „den seltsamen Schwund an dem Interesse auf weiblicher Seite bei den MINT-Fächern“. Einerseits würden entsprechende Vorbilder fehlen, andererseits gäbe es oftmals unklare Vorstellungen und mangelnde gute Erfahrungen mit dem Thema.

Bestandteil der Tagung waren auch zahlreiche Workshops und Vortragsforen. So widmete sich die Informatikerin und ehemalige Sprecherin der Jungen GI Carolin Neumann aus Berlin dem Metaverse und seiner generationenübergreifenden Nutzbarkeit. Die Psychologiestudentin Clarissa Arlinghaus aus Dresden ging auf psychologische Veränderungen im Alter und deren Folgen für die Nutzung von digitalen Endgeräten ein. Die Schülerin Emilia Sommer stellte das Bildungsprojekt „Byte Challenge“ vor.

Gero Kellermann

Linktipps

„Digitaler Kompass 2030“:
bit.ly/digitale-dekade



Digitales Lernzentrum „Byte Challenge“:
bit.ly/byte-challenge



*Digitale Endgeräte werden inzwischen ganz selbstverständlich in den Familienalltag integriert.
© iStock/maximkabb*



Akademiedirektorin Ursula Münch diskutiert mit Andrij Melnyk, bis September Botschafter der Ukraine in Deutschland (v.l.), Generalleutnant a. D. Jürgen Knappe, dem Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter und dem ehemaligen Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks Johannes Grotzky über Deutschlands Dilemma im Ukraine-Krieg.

© Schwäbische Zeitung

Impulse für Wege aus den vielen Krisen

Wird der Krieg gegen die Ukraine zu Deutschlands Dilemma, gehört die neoliberalen Globalisierung, wie wir sie bis dato kannten, schon der Vergangenheit an und wie lässt sich der Dialog mit China aufrechterhalten – das waren nur einige der vielen Themen, die beim Bodensee Business Forum 2022 verhandelt wurden, moderiert u.a. von der Direktorin der Akademie Ursula Münch und den Dozentinnen Giulia Mennillo und Kinza Khan.

Diese neue Kooperation mit dem Bodensee Business Forum, das von der Schwäbischen Zeitung veranstaltet wird, passt schon deshalb bestens zur Akademie, weil das „Setting“ ein ähnliches ist: Leute, die etwas zu sagen haben, treffen sich in schönster Seekulisse und diskutieren kontrovers, aber nicht konfrontativ. Ein Publikum, das deutlich gemischter ist, als der Name „Business Forum“ vermuten ließe, erfährt viel Neues, erlebt Akteure, die man bislang nur aus den Medien kannte persönlich und hat Gelegenheit zum Austausch.

All dies galt gerade auch für das Gespräch über „Deutschlands Dilemma“ mit Blick auf den Krieg gegen die Ukraine, das von der Direktorin der Akademie moderiert wurde. Wenige Wochen vor seiner Abberufung als Botschafter der Ukraine in Deutschland tauschte sich Andrij Melnyk unter anderem mit

dem Bundestagsabgeordneten und Obmann für Außenpolitik im Auswärtigen Ausschuss, Roderich Kiesewetter (CDU), aus. Außerdem nahmen teil Generalleutnant a.D. Jürgen Knappe, der bis vor Kurzem Kommandeur NATO Kommandos JSEC, das u.a. für die Koordination der Verlegung der NATO Truppen in Europa zuständig ist – das einzige Hauptquartier der NATO, das immer von Deutschland geführt wird. Für zusätzliche Osteuropakompetenz auf dem Podium sorgte der frühere Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks, Johannes Grotzky, der inzwischen als Honorarprofessor für Osteuropawissenschaften, Kultur und Medien an der Universität Bamberg lehrt. Botschafter Melnyk hatte schon am Vorabend des BBF den Ton gesetzt: Von Deutschland hänge es ab, ob die Ukraine überlebe. Dieser Einschätzung widersprach niemand explizit. Gleichwohl wurde offensichtlich, dass die anderen Gäste im Unterschied zu Melnyk

das „Dilemma“ Deutschlands durchaus wahrnehmen: Einerseits die wirtschaftlichen Eigeninteressen, die Sorge nicht allein vor einer möglichen Eskalation des Krieges, sondern auch der sozialen Sprengkraft der Energiekrise. Andererseits die Notwendigkeit, Putins imperialistischen Zielen, die sich nach allgemeiner Überzeugung keineswegs nur auf die Ukraine beschränken, wenigstens jetzt zu begegnen – nachdem man die Bedrohung jahrelang klein geredet hatte. So-

Die frühere Geringschätzung ukrainischer Themen in den deutschen Medien sei schon daran erkennbar gewesen, dass die meisten Berichte über das Land nicht in Kyjiv entstanden seien, sondern in Wien oder Moskau.

Johannes Grotzky

wohl der frühere General Knappe als auch der Abgeordnete Kiesewetter monierten, dass Deutschland durch den Bruch seines Versprechens, zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben, die äußere Sicherheit Deutschlands vernachlässigt habe. Und der Medienexperte Johannes Grotzky erkannte gleich noch ein weiteres Versäumnis: Die frühere Geringschätzung ukrainischer Themen in den deutschen Medien sei schon daran erkennbar gewesen, dass die meisten Berichte über das Land

nicht in Kyiv (russ. Kiew) entstanden seien, sondern in Wien oder Moskau. Während man sich mit Blick auf die in der Vergangenheit gemachten Fehler recht einig war, gingen die Einschätzungen darüber auseinander, welcher künftige Umgang mit Russland geboten sei. Während Botschafter Melnyk auf einen harten Kurs des Westens und vor allem Deutschlands setzte, fielen andere Plädoyer vielschichtiger aus: Der frühere Botschafter der Schweiz im Iran und in Berlin, Tim Guldmann, war sich mit Johannes Grotzky einig, dass ein dauerhaft ausgegrenztes Russland ein noch gefährlicheres Russland sein würde. Und sein Gedankenspiel, was die Ukraine und der Westen eigentlich tun würden, wenn Putin von heute auf morgen einen Friedensschluss in Aussicht stellen und damit alle Unterstützer der Ukraine unter Zugzwang setzen würde, überraschte auch die Gesprächsrunde. Eine stichhaltige Antwort auf dieses Szenario fand die Podiumsrunde nicht, aber die Idee wurde danach unter den Besucherinnen und Besuchern des BBF heftig diskutiert – direkt am Ufer des friedlich daliegenden Bodensees.

Vorausschauendes „Szenario-Planning“

Giulia Mennillo, Dozentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Nachhaltigkeit, moderierte gleich zwei Panels. Zum einen diskutierte sie über „Das Ende der Globalisierung? Sprengen Kriege und Krisen die Lieferketten?“, zum anderen darüber, wie man den Dialog mit China aufrechterhalten kann (folgt weiter unten).

Eine der zentralen Fragen des Globalisierungspanels war, inwiefern die neoliberalen Globalisierung, wie wir sie bisher kennen, inzwischen der Vergangenheit angehört angesichts der veränderten geopolitischen Lage und den noch andauernden Wehen der Coro-



Über Lieferketten und die Zukunft der Globalisierung trat Dozentin Giulia Mennillo (Mitte) in Dialog mit Christian Böllhoff von der Prognos AG (v.l.), dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger, Simone Ruehfel von Rolls-Royce Power Systems AG und Daniel Risch, Regierungschef im Fürstentum Liechtenstein.

na-Pandemie. Die globale Arbeitsteilung mit den weltweiten Produktionsnetzwerken erlitt bereits durch die Pandemie einen nie dagewesenen Schock, der in den letzten Monaten für einen Auftragsstau in den Büchern der Firmen in Deutschland gesorgt hat. Ohne dass sich die deutsche Wirtschaft vollständig von der Pandemie erholen konnte, kommen Energiepreisschocks und explodierende Rohstoffpreise durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine erschwerend hinzu. Wir erleben als Konsequenz eine angebotsseitige Rekordinflation, die wir in dieser Höhe eigentlich nur aus den Geschichtsbüchern kennen.

Laut Simone Ruehfel, Leiterin Krisenstab Logistik bei Rolls-Royce Power Systems AG, braucht es neue Diversifikationsstrategien für Unternehmen, um die Verlässlichkeit von globalen Lieferketten zu garantieren. Ein vorausschauendes „Szenario-Planning“ erlaubt es Unternehmen in Zeiten großer Ungewissheit gewappnet zu sein. Die Verantwortung hierfür sieht sie vor allem bei den Unternehmen und nicht bei der Politik.

Überdenken tradierter Rollenbilder

Zur Zukunft der Globalisierung gehört ebenso die (für manche) unbequeme Wahrheit, dass Industriepolitik und strategische Wirtschaftspolitik in Europa keine Tabus mehr darstellen dürfen. Günther Oettinger, früherer Ministerpräsident, EU-Kommissar und inzwischen Präsident der EBS Universität betont die Wichtigkeit der europäischen Zusammenarbeit im Energiesektor und des konstruktiven Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik. Ohne die Innovationskraft der Wirtschaft kann es keine angemessene Antwort auf die Herausforderungen unsere Zeit geben, so Oettinger. Chris-

tian Böllhoff, CEO des Analyse- und Beratungsunternehmens Prognos, sieht vor allem die Chance in der Krise: der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat unsere Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt und Dinge beim Thema Energieabhängigkeit in Bewegung gebracht, die vorher undenkbar gewesen wären.

Die Zukunft der Globalisierung wird sich nicht nur in einer Weltordnung abspielen, die geopolitisch unübersichtlicher wird. Auch der Strukturwandel, der sich schon lange vor Corona und dem russischen Angriffskrieg abzeichnet, macht vor den europäischen Volkswirtschaften nicht Halt. Laut Daniel Risch, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, erfordert dieser Wandel angesichts der demographischen Bevölkerungsstruktur in Europa, das Überdenken von tradierten Rollenbildern, um die Frauenerwerbstätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Ebenso darf es keine Tabuthemen mehr geben wie neue Formen von Arbeit im Alter, eine Reform unserer Ausbildungs- und Bildungsstrukturen oder gezielte Zuwanderung. Die Zukunft der Globalisierung will gestaltet werden, der Wandel wird sich nicht aufhalten lassen. Ob dies in unserem Sinne passiert, haben wir als freiheitlich-demokratische Gesellschaft stückweit selbst in der Hand.

Das zweite Panel widmete sich der Frage „Wie den Dialog mit China aufrechterhalten?“, so titelte das Panel beim Bodensee Business Forum, das sich näher mit den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Reich der Mitte befasste. Dabei ging es bei der Podiumsdiskussion nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“: Dass der Dialog weitergeführt werden muss, darin waren sich alle Gäste auf dem Podium einig. Ein international selbstbewusster auftre-



Ist China ein gefährlicher Konkurrent oder ein Partner? Und wie halten wir den Dialog aufrecht? Diese Fragen waren Thema der Diskussion zwischen Christine D. Althauser, ehemalige Generalkonsulin der Bundesrepublik in Shanghai (v.r.), Christine Zhang-Lippert von Bridge4Works, Annette Schavan, Vorsitzende des Deutsch-Chinesischen Dialogforums, und dem ehemaligen Vorsitzenden von Greenpeace International Gerd Leipold, moderiert von Dozentin Giulia Mennillo.

tendes China macht den Dialog mit dem aufstrebenden Hegemon unumgänglich, so Annette Schavan, Vorsitzende des Deutsch-Chinesischen Dialogforums. Dabei sei es wichtig, dass der Dialog selbstbewusst und respektvoll geführt wird, denn Dialog sei kein Selbstzweck. Den Eindruck von Belehrungen unter dem Deckmantel einer wertorientierten Außenpolitik gelte es zu vermeiden, da dies bei Themen wie den Menschenrechten eher kontraproduktiv sei.

Ebenso setzt ein konstruktiver Dialog voraus, dass man die Interessen und Umstände seines Gegenübers gut kennt. Dafür braucht es mehr China-Kompetenz in Europa. Das Wissen um chinesische Innenpolitik, Kultur und Geschichte nimmt, laut Christine Althauser, ehemalige Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Shanghai, in den letzten Jahren ab. Vernetzung und Austausch haben in der Vergangenheit gelitten, die Corona-Pandemie hat im Bereich der Wissenschafts- und Kulturzusammenarbeit einen immensen Schaden hinterlassen. Gerade wenn politische Differenzen größer werden, ist es entscheidend, dass die Kanäle der Kommunikation zwischen den Vertretern der Zivilgesellschaft nicht versickern.

Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung Chinas als einer der wichtigsten Handelspartner für die Bundesrepublik ist es auch für die hiesigen Unternehmen ein großes Anliegen, dass der Dialog mit China nicht abbricht. Lieferketten zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren, um in einer immer unübersichtlicheren Weltordnung zu bestehen, heißt nicht, sich von China abzuwenden. Eigenschaften wie Flexibilität und Adaptivität werden in einer globalen Wirtschaft, die stärker von der Systemrivalität zwischen den USA und China geprägt sein wird, massiv an Bedeutung gewinnen.

Deglobalisierung ist keine Option

Ob es um die Anpassung oder die Bewältigung des Klimawandels geht, ohne Kooperation mit China wird es nicht gehen, daher sollten die gemeinsamen Interessen im Vordergrund stehen, sagt Gerd Leipold, ehemaliger Vorsitzender von Greenpeace International. Der Import von seltenen Erden, die für die Dekarbonisierung der Industrie und die Energiewende benötigt werden, zeigt, dass die Kooperation mit China nicht einfach aufgegeben werden kann.

Laut Christine Zhang-Lippert, seit 2018 selbstständige Beraterin für deutsch-chinesische Zusammenarbeit, würde eine Entkoppelung von China einen großen volkswirtschaftlichen Schaden für beide Seiten bedeuten. Eine Deglobalisierung würde eine noch stärkere inflationäre Wirkung auf die Weltmarktpreise entfalten, der Wohlstandsverlust wäre enorm. Die derzeitigen Ungewissheiten und Risiken bieten eine

Chance, den Dialog mit China neu zu denken. Interkulturelle Wirtschaftskompetenz, eine langfristig angelegte, smarte und vertrauensvolle Zusammenarbeit können hierfür das Fundament schaffen.

Fundamente schaffen war auch der Anspruch des Panels „Rechtsfreier Raum? Was tun gegen Hass und Bedrohung im Netz?“, hier diskutierten die Juristin Hannah Heuser; die ehemalige Bild-Chefredakteurin Tanit Koch, heute Kolumnistin für das englischsprachige Medium „The New European“, an dem sie auch Anteile hält; der Geschäftsführer des Presserats und Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Medienrecht Roman Portack sowie der Chefredakteur der Deutschen Presseagentur (dpa) Sven Gösmann darüber, was gegen Hass und Hetze im Netz getan werden muss.



Kinza Khan fragt im Publikum nach, wer sich gegen Hetze im Netz juristisch gewehrt hat. Das Ergebnis: noch niemand.

Auf die Eingangsfrage der Moderatorin Kinza Khan an das Publikum, wer jemanden im Verwandten- oder Bekanntenkreis habe, der schon einmal im Netz beleidigt oder angefeindet wurde, meldete sich nahezu der gesamte Saal. Diese Resonanz zeigt mindestens das Erfordernis, dass dieses Thema diskutiert gehört, mehr noch die Notwendigkeit, dass gegen Hass und Hetze im Netz etwas getan werden muss – juristisch wie (gesamt-)gesellschaftlich. Auf gesellschaftlicher Ebene wurden zahlreiche Themen adressiert. Eine zentrale Position nahmen dabei Kinder- und Jugendliche ein, die ganz selbstverständlich mit und in der digitalen Welt aufgewachsen. Sie sind nicht selten von Cybermobbing und Cyberbullying betroffen, darunter versteht man Beleidigungen, Bloßstellungen oder Belästigungen über digitale Wege bspw. Mobbing im Klassenchat, wo einzelne Schülerinnen und Schüler an den Pranger gestellt werden ebenso wie im Schulkontext, wenn etwa NS-Symbole, Gewalt und Pornografie weitergereicht werden. Die Lehrenden sind häufig nicht ausreichend genug geschult und auch die Eltern sind meist überfordert, hier, so waren sich alle einig, bräuchte es viel mehr Unterstützung durch den Staat und Beratungs- und Anlaufstellen für Betroffene.

ne, Lehrende und Eltern (siehe Linktipps). Dabei kam auch die Frage auf, ob der digitale Raum nicht auch ein Stück weit den Analogen spiegelt, schließlich sei die Gesellschaft im Moment insgesamt sehr polarisiert, die Diskurse würden mit einer sehr geringen Ambiguitätstoleranz geführt und so der konstruktive Dialog unmöglich gemacht. Im Kontext der extremen Polarisierung, die in Gewalt umschlagen kann, wurde über die Situation von Journalistinnen und Journalisten gesprochen, die über Demonstrationen berichteten und vor Ort angefeindet und körperlich attackiert wurden und werden.

Ein Hasskommentar ist schnell verfasst

Hannah Heuser promoviert im Rahmen des Projekts „Der strafrechtliche Umgang mit digitalem Hass“ zu dessen strafprozessualen Herausforderungen, sie verwies auf die bereits implementierten und notwendigen Verschärfungen, um entschiedener gegen Hass und Hetze im Netz vorgehen zu können, u.a. führte sie die Gesetzespakete des Bundes gegen Hass und Hetze an. Seit letztem Jahr gilt bereits, dass bei Beleidigungen im Netz bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe drohen, der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz ist auf bis zu drei Jahre



Hannah Heuser zum Strafrecht bei Hass und Hetze im Netz

Freiheitsstrafe verdreifacht worden und antisemitische Motive sind nun auch grundsätzlich strafshärfend zu werten. Im Weiteren müssen ab Anfang diesen Jahres Social-Media-Plattformen (soziale Netzwerke) Mord- und Vergewaltigungsdrohungen und andere schwere Hassdelikte nicht mehr nur löschen, sondern darüber hinaus auch beim Bundeskriminalamt melden.

Portack ergänzte die Diskussion um eine weitere juristische Ebene, das Zivilrecht. Denn die Verfassenden von Hasskommentaren können nicht nur strafrechtlich belangt werden, auf sie können zivilrechtliche Ansprüche zukommen durch ihre Opfer: heißt konkret Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen und sofern die Inhalte einen arbeitsrechtlichen Bezug haben, können für die Verfasserinnen und Verfas-

ser auch arbeitsrechtliche Konsequenzen folgen, bis hin zum Arbeitsplatzverlust. Ein Hasskommentar ist schnell verfasst, die wenigsten wissen indes um die rechtlichen Konsequenzen, die ihnen drohen, daher müsse das Thema viel stärker in die Öffentlichkeit. Für die Betroffenen von Hate Speech hingegen bedeuten die Gesetzesverschärfungen eine Erleichterung, auch zivilrechtlich können sie entschädigt werden, sie müssen nur einiges an rechtlichen Dingen beachten, allen voran, dass sie die Beleidigungen korrekt dokumentieren bzw. Screenshots, dafür bieten Beratungsstellen für Betroffene digitaler Gewalt Unterstützung an (siehe Linktipps). Die Amadeu Antonio Stiftung z.B. berät und stellt kostenlose Bildungsmaterialien zur Verfügung, Juuuport ist eine Beratungsstelle von jungen Menschen für junge Menschen.



Roman Portack zum Zivilrecht bei Hass und Hetze im Netz

Ursula Münch
Giulia Mennillo
Kinza Khan

Linktipps

Angebote gegen Hass im Netz:
Amadeu Antonio Stiftung:
bit.ly/anlaufstellen-beratungsangebote



Über Hateaid kostenlos beraten und rechtssicher dokumentieren:
bit.ly/hate-aid



Juuuport bietet Online-Beratung von jungen Leuten für junge Leute bei Cybermobbing, WhatsApp-Stress & Co.:
bit.ly/cybermobbing-hilfe



Buchtipps

China-Panel:
How China Escaped Shock Therapy: The Market Reform Debate
Isabella Weber, 2021, Routledge
bit.ly/market-reform



Globalisierungs-Panel:
Kapitalismus global: Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht
Branko Milanović, 2021, Suhrkamp Verlag
bit.ly/kapitalismus-global





Zu sehen sind hier und auf den folgenden Seiten „Stolpersteine“, auf die wahrscheinlich viele selbst schon gestoßen sind: „Der Künstler Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Inzwischen liegen STOLPERSTEINE in 1265 Kommunen Deutschlands und in einundzwanzig Ländern Europas.“ – Zitatquelle: <https://www.stolpersteine.eu/start/>

© iStock/nmessana

Diskriminierungen erkennen – und ihnen entschlossen entgegentreten

Gemeinsam mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Europäischen Akademie Bayern hatte die Akademie Ende September zu einer Tagung geladen, in deren Mittelpunkt der zunehmende Rassismus und Antisemitismus standen.

Es ist paradox: Einerseits dominieren die Großkrisen dieser Tage – Pandemie, Ukraine-Krieg, Energieknappheit und Klimawandel – die Nachrichtenlage in einem Maße, dass andere gesellschaftliche Herausforderungen sich dagegen klein und neben-sächlich ausnehmen und in den Zeitungsspalten allenfalls am Rande vorkommen. Und doch bilden diese globalen Krisen gerade den Nährboden, auf dem soziale Ungleichheit gedeiht, das Misstrauen gegen Minderheiten wächst und sich auch in einer Zunahme rassistischer und antisemitischer Einstellungen und Handlungen niederschlägt. Wobei die Entwicklung durchaus unterschiedlichen Pfaden folgt: Während sich in den letzten Jahren eine Radikalisierung bestimmter Gruppierungen abzeichnet, die auch vor Gewalt nicht zurückschrecken, suchen andere Bewegungen den Schulterschluss mit der sogenannten bürgerlichen Mitte und nehmen für sich in Anspruch, die

schweigende Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren. Rassismus und Antisemitismus sickern damit – mal offen, mal verdeckt – in die öffentliche Debatte ein und werden in diesem Sinne alltäglicher. Durchaus gute Gründe für die Akademie, diese Themen in einer prominent besetzten Tagung aufzugreifen.

Dabei stand zunächst die Frage im Mittelpunkt, worum es sich bei Rassismus und Antisemitismus handelt, was diese beiden Erscheinungsformen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verbindet – aber auch, was sie unterscheidet. Samuel Salzborn, seit 2020 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus und ausgewiesener Rechtsextremismus- und Antisemitismusforscher, verwies zunächst darauf, dass Rassismus und Antisemitismus zu Beginn der Moderne aus einer gemeinsamen Wurzel entsprungen seien. Er bezog sich dabei auf die „Naturalisierung des Weltbildes“ der Menschen, das diese Epoche geprägt und den bisherigen Glauben an Gott um einen Glauben an die Natur ergänzt habe. Damit einher ging die Einteilung der Menschen nach sogenannten rassischen Merkmalen im Sinne unveräußerlicher Kollektivmerkmale, wobei auch der Antisemitismus auf einer Zuschreibung entsprechender Eigenschaften zu den Juden beruhte, womit er sich vom älteren Antijudaismus, der an den jüdischen Glauben anknüpfte, unterschied.

Gleichzeitig bot der Antisemitismus jedoch auch eine Projektionsfläche, auf der die Juden für zahlreiche Entwicklungen der Moderne verantwortlich gemacht werden konnten – Entwicklungen, die aufgrund ihrer

Abstraktheit von vielen Menschen häufig nicht verstanden und gleichzeitig als Bedrohungen wahrgenommen wurden. Wie Salzborn verdeutlichte, wurden im Rahmen dieser Projektionen Juden für alles Mögliche und insbesondere auch für gegenläufige Phänomene wie etwa den Kapitalismus und den Kommunismus in die Verantwortung genommen. Damit nahm der Antisemitismus zunehmend den Charakter einer Verschwörungstheorie an und entwickelte sich zu einem geschlossenen, wenn auch voller Widersprüche steckendem Weltbild weiter, wodurch er sich heute vom Rassismus deutlich unterscheidet.

Prävention, Intervention und Repression

Diese Verknüpfung mit einem häufig geschlossenen Weltbild stellt die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus vor große Herausforderungen, denn wenn dieses Weltbild einmal ausgeprägt ist, dringen pädagogische Ansätze kaum noch durch. Salzborn mahnte daher zu einer Verknüpfung von Prävention, Intervention und Repression, wobei er es als wichtigen Fortschritt bezeichnete, dass Antisemitismusbeauftragte inzwischen in allen deutschen Ländern und auf Bundesebene fest verankert seien und entsprechenden Maßnahmen den erforderlichen politischen Rückhalt gäben.

Auch Karin Stögner (Universität Passau) stellte die Unterschiede von Rassismus und Antisemitismus in den Mittelpunkt ihres Vortrags. Wie sie anschaulich herausarbeitete, beruhen rassistische Konzeptionen stets auf der klaren Unterscheidung hierarchisch strukturierter Gruppen. Rassisten hielten sich dabei für die Vertreter der höherstehenden Gruppe und benutzten die rassistische Ideologie, um die Ausbeutung der marginalisierten Gemeinschaften zu legitimieren. Verschwörungsmythen seien dem Rassismus jedoch in der Regel fremd. Ganz im Gegensatz zum Antisemitismus, bei dem die Rollenverteilung in oben und unten weit weniger eindeutig sei. Zwar hielten Antisemiten die Juden auch für die eigentlich unterlegene Gruppierung, die jedoch – Verschwörungsmythos! – durch List und Verschlagenheit zu Macht gekommen sei und daher die Gemeinschaft der Antisemiten bedrohe. Anderer-

seits arbeite der Antisemitismus selbst mit rassistischen Elementen, wenn etwa Juden als „White“ und damit ihrerseits als Rassisten charakterisiert würden.

Auf großes Interesse stießen auch die Naturbilder, die Stögner mit verschiedenen Diskriminierungsformen in Verbindung setzte. Während der Rassismus und der Sexismus beispielsweise von bestimmten, klar umrissenen Naturbildern vermeintlicher Rassen oder der Geschlechter ausgingen, aus denen die Suprematie spezifischer Gruppen abgeleitet werden könnte, fehle es dem Antisemitismus an einem gleichermaßen eindeutigen Naturbild der Juden. Diese würden vielmehr voller Widersprüche dargestellt, so dass gewissermaßen die zugeschriebene Künstlichkeit der Juden ihr eigentliches Kennzeichen sei. Damit einher gehe auch die Unterstellung, die Juden wollten die Geschlechteridentitäten untergraben, womit Antisemiten laut Stögner ihre eigenen verborgenen sexuellen Wünsche auf Juden projizierten, um diese Wünsche ablehnen zu können. Aus dieser Perspektive sei Antisemitismus auch ein Instrument der sexuellen Wunschabwehr.

Nach diesen konzeptionellen Klärungen boten drei Workshops die Gelegenheit, die Ausprägungen von Rassismus und Antisemitismus in Russland, Ungarn und Italien näher kennenzulernen. Mit Blick auf Russland zeigte etwa Dominik Tomenendal von der Europäischen Akademie Bayern, dass in diesem Land, in dem nur vier Fünftel der Bevölkerung ethnische Russen sind, viele ungeklärte Identitätsfragen bestehen. Der daraus resultierende Rassismus gehöre zum Alltag der Menschen und betreffe vor allem Bewohner aus Zentralasien, aber auch Sinti und Roma. Antisemitismus sei in Russland ebenfalls weit verbreitet und bewege sich in etwa auf dem Niveau anderer europäischer Staaten.

Da die Tagung explizit auch in den Blick nehmen wollte, was gegen Rassismus und Antisemitismus getan werden kann, setzte sich Anne Broden, erfahrene Erwachsenenbildnerin im Bereich der rassismuskritischen Bildungsarbeit, mit verschiedenen einschlägigen Strategien auseinander. Sie diagnostizierte zunächst mehrere „Wahrnehmungsstörungen“, mit

© ISTOCK/MEINZAHN/CHRISDORNEY/STANISLAVA KARAGYOZOVA



deren Hilfe Rassismus als gesellschaftliches Problem der Gegenwart ausgeblendet werden könne. So werde Rassismus beispielsweise als ausschließliches Phänomen des rechten Randes oder aber als Denkmuster Geflüchteter wahrgenommen, als Überempfindlichkeit der Betroffenen oder als längst vergangenes Phänomen des Kolonialismus und Nationalsozialismus. Gemeinsam sei allen diesen Abwehrmechanismen, dass damit das Fortbestehen rassistischer Einstellungen mitten in unserer Gesellschaft negiert werden solle. So werde Rassismus zwar durch das Selbstbild vieler Menschen abgelehnt, auf gesellschaftlicher Ebene aber durch tradierte Wissensbestände und Diskurse kontinuierlich reproduziert.

Institutionen und Strukturen in den Blick nehmen

Zentral ist für Broden daher die Unterscheidung von individuellem und institutionellem bzw. strukturellem Rassismus, die sich auch in der rassismuskritischen Bildungsarbeit widerspiegeln müsse. Es genüge daher beispielsweise nicht, durch die Begegnung mit „Fremden“ individuelle Vorurteile abzubauen. Vielmehr müssten auch die prägenden Institutionen und Strukturen in den Blick genommen und vor allem Fach- und Führungskräfte angesprochen werden. Nur so lasse sich ein nachhaltiger Wandel erzielen, der auch die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse einbeziehe und die Perspektive der Betroffenen ernst nehme.

In den folgenden vier Workshops wurden verschiedene Maßnahmen und Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus vorgestellt, wobei Paulina Seelmann vom Zentrum „Den Menschen im Blick“ (Ludwig-Maximilians-Universität München) unmittelbar an den Ansatz von Anne Broden anknüpfen konnte. Denn auch dieses Projekt richtet sich an Institutionen aus dem Bereich der Verwaltung und der Kommunen, an Wohlfahrtsverbände oder Universitäten, um diese im Rahmen der Organisationsentwicklung zu unterstützen und für die Herausforderungen durch institutionelle und strukturelle Diskriminierungen zu sensibilisieren.

Die abschließende Sektion war den politischen Perspektiven auf das Tagungsthema vorbehalten. Dabei hob Ludwig Spaenle, Beauftragter der bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, ebenfalls die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung mit Diskriminierungen hervor. Neben der Sensibilisierung der Einzelnen ist ihm insbesondere die Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Verwaltung ein großes Anliegen. Er bemühe sich ferner darum, in der Bayerischen Landesverfassung ein entsprechendes Staatsziel zu verankern. Als Vorbild könne Sachsen-Anhalt dienen, dessen Verfassung seit 2020 unter anderem postulierte, dass „rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen [...] Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen“ ist.

Julia Bernstein (Frankfurt University of Applied Sciences) und Marian Offman, Beauftragter der Landeshauptstadt München für den interreligiösen Dialog, schilderten einerseits eindrücklich eigene Erfahrungen mit Antisemitismus, wobei gerade Offman auch nicht mit Kritik an der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten sparte. Bernstein wiederum beklagte die „diskursiven Schleifen“, die in scheinbar endloser Wiederholung auf jede antisemitische Gewalttat folgten. Dabei werde stets suggeriert, dass es sich um ein neues Phänomen handele oder zumindest um eine neue Qualitätsstufe, sodass die Auseinandersetzung „immer wieder von Neuem“ beginne. Damit werde der beklagte „unerträgliche Zustand“ jedoch auf Dauer gestellt. Sie wandte sich ferner gegen eine Gleichsetzung von Rassismus und Antisemitismus oder gar eine Unterordnung des Letzteren unter den Rassismus, weil so aus dem Blick gerate, dass auch antirassistische Bestrebungen antisemitisch sein könnten. Einigkeit bestand schließlich auf dem Podium, dass das Erinnern an Antisemitismus und Rassismus für unser Land eine zentrale Pflicht sei – als persönliches Anliegen des Einzelnen, aber insbesondere auch für seine Institutionen.

Jörg Siegmund





Almaty, Kasachstan am 05.09.2011: Eine Militärparade im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag des großen Sieges am 9. Mai
© iStock/voffkatw

Scheinwelten, Personenkult, kontrollierte Öffentlichkeit: Staatspropaganda in Zentralasien

Die Mediensysteme Zentralasiens zählen zu den unfreiesten der Welt. Kritischer Journalismus ist fast unmöglich und kann harte Konsequenzen nach sich ziehen.

Mutige Medienschaffende bemühen sich dennoch, die Zensur zu umgehen und ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger unabhängig von der Staatspropaganda zu informieren.

Der turkmenische Präsident Serdar Berdimuhamedow vor der Flagge des Landes. Serdar Berdimuhamedow gemeinsam mit seinen Ministern, die Flagge im Hintergrund. Geschmückte Pferde, weißer Marmor, goldverzierte Säle – und wieder Serdar Berdimuhamedow. So sehen Bilder in der turkmenischen Hauptnachrichtensendung Watan aus – die allermeisten Bilder. Watan ähnelt in Bezug auf Sendezeit und Bekanntheit der deutschen Tagesschau, allerdings werden Bürgerinnen und Bürger hier nicht informiert, sondern indoctriniert. Zwei Drittel der Sendezeit nimmt der Präsident ein. Zu sehen sind endlose Reden und halbstündige Aufzeichnungen von Kabinettsitzungen mit seinen Ministern. Die Inhalte sind für einen Großteil der Bevölkerung uninteressant, die Sprache bürokratisch. Doch Alternativen zum Staatsfunk gibt es kaum – zumindest keine legalen. Betrachtet man die Rangliste der Pressefreiheit, die von der Organisation Reporter ohne Grenzen

veröffentlicht wird, liegt Turkmenistan im Jahr 2021 auf Platz 178 von 180 – auf einer Stufe mit Nordkorea. Auch das Nachbarland Kasachstan findet sich mit Platz 155 wie fast alle zentralasiatischen Staaten weit unten auf der Liste. Lediglich Kirgistan sticht in Zentralasien positiv hervor – mit Rang 79. Zum Vergleich: Deutschland liegt derzeit auf Rang 13.

Journalistinnen und Journalisten haben es in Zentralasien folglich enorm schwer, kritisch über die jeweiligen Regierungen und aktuelle Ereignisse zu berichten, erklärt Othmara Glas von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Auf der Tagung „Zwischen freier Presse und Staatsfunk: Medien im postsozialistischen Raum“ der Akademie für Politische Bildung und AMUROST e. V. hat die Journalistin insbesondere über die Situation in Turkmenistan und Kasachstan berichtet. Im kasachischen Almaty hat sie mehrere Jahre gelebt und für die Deutsche Allgemeine Zeitung in Almaty gearbeitet.

Da von staatlichen Medien keine unabhängige Berichterstattung zu erwarten ist, nutzen in den zentralasiatischen Staaten nicht nur junge Menschen Online-Medien und Social Media als wichtigste Informationsquellen. Auch Oppositionspolitikerinnen und -politiker kommunizieren auf diesen Plattformen mit Bürgerinnen und Bürgern. Die jeweiligen Regierungen gehen dagegen vor, indem sie regelmäßig den Zugang zu Nachrichtenseiten und Social-Media-Plattformen blockieren. Auch die Überwachung der Internetnutzung ist ein gängiges Mittel. Die kasachische Regierung hat die Bevölkerung beispielsweise dazu aufgefordert, sich ein Internetzertifikat herunterzuladen. Diejenigen, die dem Aufruf folgten, werden nun vermutlich noch stärker vom Staat überwacht.

Scheinwelten in Turkmenistan

In Turkmenistan kontrolliert die Regierung sämtliche Medien. Das Internet ist stark eingeschränkt. Die Inhalte der Zeitungen handeln wie die staatlichen Nachrichten größtenteils vom Präsidenten Serdar Berdimuhamedow. Er ist wie zuvor sein Vater Gurbanguly Berdimuhamedow auf jeder Titelseite zu sehen und mehrfach auf den Innenseiten. Von der Wirtschaftskrise und den Hungersnöten im Land ist hingegen nichts zu lesen. Ausländische Fernsehsender sind in Turkmenistan schwer zu empfangen. Die Behörden zerstören systematisch Satellitenschüsseln und blockieren Websites aus dem Ausland. Auf ihren eigenen Kanälen beteuert die turkmenische Regierung bis heute, das Land wäre selbst nicht vom Virus betroffen. Denn eine gesunde Nation war das Kernthema der Propaganda des bisherigen Präsidenten, einem studierten Zahnarzt. Corona-Fälle im Land hätten seine Legitimität untergraben. Die Staatsmedien leugnen die Pandemie zwar nicht und berichten über die Situation in anderen Ländern. Dem turkmenischen Volk geben sie jedoch nur Empfehlungen, wie man sich allgemein vor Viren schützen kann.

Die Repressionen gegen die wenigen Journalistinnen und Journalisten in Turkmenistan, die sich trauen, heimlich für ausländische Medien zu arbeiten, zu bloggen oder die Regierung auf Social Media zu kritisieren, nehmen ständig zu. In den vergangenen Jahren wurden mehrere von ihnen verhaftet, gefoltert, gewaltsam angegriffen und gezwungen, ihre Tätigkeiten einzustellen. Wegen zahlreicher Verbote sitzen die meisten Oppositionsmedien im Ausland. „Vor allem jüngere Internetnutzerinnen und -nutzer beweisen in Turkmenistan viel Kreativität, um die Sperren zu umgehen und diese Medien zu konsumieren“, sagt Othmara Glas. Die Plattform Cabar.asia beschreibt die Situation folgendermaßen: „Genau wie die Wüste Karakum ist das turkmenische Informationsfeld trotz seiner scheinbaren Leblosigkeit voller Leben.“

Kasachstan: Illusion der Pressefreiheit

Wenn das Leben hier so wäre, wie es im Staatsfernsehen dargestellt wird, wären wir ziemlich zufrieden, hat Othmara Glas immer wieder von Menschen in Kasachstan gehört. Obwohl eine Vielzahl an Medien im Land Vielfalt und Pressefreiheit suggerieren, werden diese streng kontrolliert und censiert. Kritik am Präsidenten, aktuell Qassym-Schomart Toqajew, ist per Gesetz verboten. Die meisten Medien gehören dem Staat oder Personen, die der Regierung nahestehen. Kasachische Journalistinnen und Journalisten haben mit Repressionen bis hin zur Schließung ihrer Medien zu rechnen, wenn sie zu kritisch berichten. Trotzdem unterscheidet sich die Situation deutlich von der in Turkmenistan. Kritische Berichterstattung ist in Kasachstan grundsätzlich

möglich. Ausländische Journalistinnen und Journalisten berichten relativ frei aus dem Land. Die Regierung nimmt negative Presse im Ausland in Kauf, um im Inland die Illusion einer Pressefreiheit aufrechtzuhalten. Die zahlreichen Minderheitsmedien in Kasachstan – darunter die Deutsche Allgemeine Zeitung, die koreanische Koryo Ilbo und die Ukrainski Novini – kontrolliert der Staat indirekt. Alle haben nur geringe Auflagen und einen staatlichen Informationsauftrag, für dessen Umsetzung sie Fördergeld erhalten. Die finanzielle Abhängigkeit zwingt sie zur Selbstzensur.

Umgang mit Protesten in den Medien

Über regierungskritische Proteste berichten die staatlichen Medien kaum. Größere Demonstrationen werden totgeschwiegen, da sie in den meisten Fällen vom Sicherheitsapparat niedergeschlagen werden. Im Januar lösten gestiegene Gaspreise Aufstände aus, die in mehreren kasachischen Städten zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden führten. Die Regierung setzte landesweit das Militär ein, um die Proteste zu beenden. Tausende Menschen, darunter auch Journalistinnen und Journalisten, die über die Ereignisse berichten wollten, wurden verhaftet. Internet- und Mobilfunkverbindungen wurden unterbrochen. Das verhinderte zum einen, dass sich Informationen über die Demonstrationen verbreiten, und zum anderen, dass Bürgerinnen und Bürger miteinander kommunizieren und weitere Aktionen planen. Die staatlichen Medien behaupteten, auf den Straßen würden Terroristen randalieren, die Sicherheitskräfte hätten die Situation jedoch unter Kontrolle. Dass die Regierung diesen auch einen Schießbefehl erteilt hatte, erwähnten die Medien nicht. Die Folge waren unzählige zivile Opfer, darunter Frauen und Kinder.

Auch sie wurden von staatlichen Medien zu den Terroristen gezählt. Der Fokus der Berichterstattung lag auf den getöteten Sicherheitskräften. Die Regierung kündigte jedoch Reformen für das Mediensystem an. „In der modernen Ära ist es für jedes Entwicklungsland entscheidend, wettbewerbsfähige und freie Medien zu haben“, teilte Präsident Qassym-Schomart Toqajew mit. Medienschaffende sollen künftig nicht mehr aufgrund ihrer Arbeit verfolgt werden oder als sogenannte ausländische Agenten auf Listen im Internet auftauchen. Tatsächlich herrscht seitdem eine gewisse Aufbruchsstimmung in der Medienszene. Res Publica, eine der bekanntesten Oppositionszeitungen des Landes, soll beispielsweise wiedergegründet werden. Trotzdem ist die Skepsis groß, dass die Reformen nachhaltig sind.

Sarah Bures

Weiteres zum Thema

The Great Game: Russlands und Großbritanniens Spiel um die Vormacht in Zentralasien:
bit.ly/great-game-apb



Ein Gastkommentar

Tunesien – vom Arabischen Frühling zum autoritären Staat

Hier, in einer Kleinstadt im Süden Tunesiens, nahm mit der Selbstverbrennung eines frustrierten jungen Mannes ohne Zukunftsperspektive der Arabische Frühling seinen Anfang.

Schnell griffen die Massendemonstrationen und Proteste gegen autoritäre Herrscher auf die gesamte Region über. In Syrien begann ein blutiger Bürgerkrieg, der bis heute andauert. In Libyen wurde durch eine Militärintervention des Westens Ghaddafis Herrschaft beendet und das Land zu einem „failed state“. In Ägypten und Tunesien stürzten die Langzeitherrscher Mubarak und Ben Ali.

Doch in kurzer Zeit setzten sich allerorten die autoritären Strukturen wieder durch. Einzig Tunesien machte sich auf den Weg zu einer Demokratie und wurde so zur großen Hoffnung der westlichen, demokratischen Gemeinschaft. Deutschland hat mit dem Land eine „Reformpartnerpartnerschaft“ geschlossen. Dieser Weg ist nun gestoppt worden. Unter Staatspräsident Kais Saied nahm das demokratische Experiment ein jähes Ende. Die mit großer Mehrheit am 25. Juli 2022 beschlossene neue Verfassung hat den Weg zu einer autoritären Präsidialrepublik geebnet: Die Gewaltenteilung ist aufgehoben und die Unabhängigkeit der Justiz, sowie der Obersten Wahlbehörde deutlich eingeschränkt worden. Der Präsident ist künftig die primäre Quelle von Rechtsprechung und Gesetzgebung. Jederzeit kann er ohne Zustimmung des Parlaments einen unbefristeten Ausnahmezustand verfügen. Er kann das Parlament auflösen und die Regierung entlassen. Die obersten Richter werden von ihm künftig per De-



Der Sozialdemokrat Franz Maget war von Oktober 1990 bis Oktober 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags sowie in den Landtagswahlkämpfen 2003 und 2008 Spitzenkandidat der SPD in Bayern.

© Archiv (APB)



Istanbul, Türkei am 2. Dezember 2011: Syrerinnen und Syrer, die in Istanbul leben, und zivilgesellschaftliche Organisationen protestieren vor dem syrischen Konsulatsgebäude in Istanbul gegen das Regime von Baschar al-Assad.

© iStock/sadikgulec

kret ernannt. Nach der neuen Verfassung ist der Präsident bei seinen Entscheidungen nicht und niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig (Art.110).

Dass eine solche Verfassung in einem Referendum mit breiter Mehrheit, wenn auch mit einer bei 30 Prozent sehr geringen Wahlbeteiligung, angenommen worden ist, hat viele überrascht. Doch es war lediglich der vorläufige Endpunkt einer langen Entwicklung.

Immer schon hatte Tunesien mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage zu kämpfen. Die Arbeitslosigkeit, vor allem unter den Jungen, war und blieb hoch. Der Lebensstandard, insbesondere in den benachteiligten Regionen im Innenland und im Süden, war und blieb niedrig. Es war kein Zufall, dass die Revolte im Dezember 2010 genau dort begann.

Mit der Demokratie verbanden die Menschen die Hoffnung auf Besserung und wirtschaftlichen Aufschwung. Doch dies ist ausgeblieben. Im Gegenteil gab es immer wieder Rückschläge. Drei verheerende Terroranschläge 2015 haben den Tourismus, einen der wichtigsten Wirtschaftszweige, jahrelang zum Erliegen gebracht. Corona hat das Land hart getroffen, viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren und sind ärmer geworden. Die Auswirkungen des Klimawandels sind spürbar, auf lange Dürrezeiten folgen heftigste Niederschläge, die Erträge der Land-

Im Rahmen der Tagung "Der Maghreb und sein politisches Potential" unter Leitung von Anja Opitz hielt Franz Maget einen Vortrag zum Thema "Tunesien – Scheitert die einzige Demokratie im Maghreb?".

wirtschaft gehen zurück, die Wasserknappheit ist desaströs. Im Zuge des Krieges in der Ukraine steigen die Preise für Energie, Lebensmittel und sämtliche Importwaren, einschließlich Getreidelieferungen, wenn sie denn überhaupt kommen werden.

Die persönliche Bilanz der Menschen nach zehn Jahren Demokratie fällt negativ aus. Viele sind heute ärmer als vor dem Arabischen Frühling. Das Vertrauen in Politik und Parteien ist bereits seit Jahren auf dem Nullpunkt. Die Wahlbeteiligungen sind laufend gesunken, die etablierten Politiker wurden bei sämtlichen Wahlen abgestraft. Mit Kais Saied wurde 2019 ein Mann zum Präsidenten gewählt, der sich als Gegner der parlamentarischen Demokratie und der Parteien profiliert hatte. Vor einem Jahr hat er das Parlament suspendiert, ohne dass es dagegen nennenswerte Proteste gegeben hätte. Nun setzt er seinen Weg in eine autoritäre Präsidialrepublik entschlossen fort und wird dabei weiterhin von einer Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt.

Trotz alledem sollten wir an unserer Unterstützung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Tunesien festhalten. Kaum jemand wünscht sich dort eine Rückkehr zu den Zeiten von Ben Ali. Es gibt nach wie vor eine wache und aktive Zivilgesellschaft, eine starke unabhängige Gewerkschaftsbewegung und es gibt die Gleichberechtigung der Frauen, eine Besonderheit in der arabischen Welt und Voraussetzung für jede positive Entwicklung. Für den Herbst hat der Präsident Neuwahlen angekündigt – für das Parlament und eine neu geschaffene Kammer der Regionen.

Alles wird jetzt davon abhängen, die wirtschaftliche Situation Tunesiens endlich nachhaltig zu verbessern und der Jugend eine Zukunftsperspektive zu geben. Das ist auch eine Aufgabe der EU, denn nur so kann die illegale Migration über das Mittelmeer gestoppt und an einer baldigen Rückkehr zur Demokratie gearbeitet werden.

Franz Maget



Kairo, Ägypten am 21. November 2011: Menschen auf dem Tahrir-Platz versammeln sich, sie wollen ein Ende der Militärherrschaft in Ägypten.

© iStock/Karimphoto

Jugendliche im Austausch über und mit Politik

„Zehn für Zukunft – Gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen und gestalten“ – unter diesem Motto veranstaltete die Akademie bereits zum fünften Mal eine Ideenwerkstatt, die von Schülerinnen und Schülern weitgehend selbst gestaltet wurde.

Am Anfang hieß es, eine Auswahl zu treffen. Denn für die Ideenwerkstatt hatten sich erneut weit mehr Teams aus Zehntklässlern – daher auch der Name „Zehn für Zukunft“ – oberbayerischer Gymnasien beworben, als an diesem Format teilnehmen konnten. Die Veranstalter, neben der Akademie auch die Ministerialbeauftragte für die Gymnasien in Oberbayern-West und das Gymnasium Tutzing, mussten also Bewerbungen sichten, Motivationsschreiben lesen und Zeugnisse begutachten und waren ehrlich erstaunt, welches Engagement und welche Begeisterung für Politik sich schon aus diesen Unterlagen entnehmen ließ. Die Entscheidung fiel daher alles andere als leicht, aber am Ende konnten sich Schülerinnen und Schüler der Gymnasien aus Ettal, Neuburg an der Donau, Olching und Tutzing über eine Zusage freuen.

Ideenwerkstatt schafft Gestaltungsspielraum

Das Besondere an dieser Ideenwerkstatt ist, dass sie den Teilnehmern viel Freiraum lässt, was schon bei der Themenwahl anfängt. Jedes Team konnte folglich eine Herausforderung aus Politik und Gesellschaft auswählen, mit der es sich in den folgenden Monaten intensiver befassen wollte. Damit ist die Ideenwerkstatt auch ein Seismograph dafür, was die Jugendlichen besonders umtreibt, und tatsächlich stand 2022 mit den internationalen Krisen und deren medialer Wahrnehmung erstmals ein Thema aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen auf der Agenda. Nach der Auswahl einer geeigneten Problemstellung hieß es für die vier Schülergruppen, mit Unterstützung der Veranstalter tiefer in die jeweilige Thematik einzudringen. Dabei sollten sich die Gruppen ihre Themen jedoch nicht nur inhaltlich näher erschließen, sondern auch überlegen, was die jeweils anderen Schülerteams ebenfalls an diesen Herausforderungen interessieren und wie dies in einem Workshop umgesetzt werden könnte. Denn das war das eigentliche Ziel der mehrmonatigen Vorbereitungsphase ei-



Vertiefung von Themen in Arbeitsgruppen
© Siegmund (APB)

ner jeden Gruppe: Einen inhaltlich fundierten und ansprechenden Workshop für die drei anderen Teams zu gestalten und bei der Ideenwerkstatt durchzuführen.

Hierzu fanden während der Vorbereitungsphase im Frühjahr 2022 mehrere Veranstaltungen statt, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem in Präsentations- und Moderationstechniken geschult wurden. Auch methodische und didaktische Fragen kamen dabei zur Sprache, sodass die Teams in die Lage versetzt wurden, ihre Themen interessant und adressatengerecht aufzubereiten, kontroverse Punkte herauszuarbeiten und in einer Diskussion Handlungsoptionen strukturiert auszuloten – Kompetenzen, die sicherlich auch im späteren Studium oder im Berufsleben wichtig sind.

Bei der Ideenwerkstatt standen dann Ende Mai zunächst „Geschlechterrollen – Herausforderungen für die Gesellschaft“ (Descartes-Gymnasium Neuburg an der Donau) auf der Agenda. Dabei ging es unter anderem um Herausforderungen in der Arbeitswelt wie den Gender-Pay-Gap, also das geschlechtsspezifische Lohngefälle, das innerhalb der EU in Deutschland mit am größten ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ideenwerkstatt befürworteten eine größere Transparenz bei entsprechenden Daten und sprachen sich auch für Frauenquoten in der Arbeitswelt aus – allerdings nur als Übergangslösung und als flexible Quoten, die zum Beispiel auch die Geschlechterverteilung bei Bewerbungen berücksichtigen. Mit Blick auf die Gewalt gegen Frauen und nicht-binäre Menschen wünschten sich die Schülerinnen und Schüler eine Kombination aus verbesserter Prävention und strikterer Strafverfolgung.

Im Workshop „Homosexuelle Familien in der Gesellschaft“ (Gymnasium Olching) setzten sich die Teilnehmer mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Stellung dieser Familien in Deutschland auseinander,

wobei viele erstaunt waren, wie lange es nach 1945 gedauert hatte, bis rechtliche Diskriminierungen abgebaut wurden. Noch erschütternder war allerdings ein Kahoot!-Quizz zu den Rechten Homosexueller weltweit, das gezeigt hat, welchen Bedrohungen und Verfolgungen Betroffene noch immer in vielen Ländern ausgesetzt sind. Für Deutschland sahen die Schülergruppen fortbestehenden Handlungsbedarf unter anderem bei der Stieffkindadoption, in Sorgerechtsfragen, aber auch bei Kinderwunschbehandlungen für gleichgeschlechtliche Paare.

Das Team des Gymnasiums Tutzing stieß mit seinem Workshop „Vom Klassenzimmer zum Bundestag – der Einfluss der christlichen Kirchen in Deutschland“ ebenfalls auf großes Interesse – und sehr unterschiedliche Positionen. Während vor allem das soziale Engagement der Kirchen und deren Schutzfunktion für Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen positiv hervorgehoben wurde, entzündete sich heftige Kritik am Einfluss der Kirchen im Bereich der Bildung (Stichwort Religionsunterricht) und auch auf die Politik. Besonders die arbeitsrechtlichen Sonderregelungen und Privilegien, die die Kirchen genießen, sowie die teilweise Finanzierung der kirchlichen Tätigkeiten aus dem allgemeinen Steueraufkommen stießen auf großes Verständnis bei den Schülerinnen und Schülern.

Methodenvielfalt sorgt für Abwechslung bei den Workshops

Im abschließenden Workshop „Medien in Krisenzeiten – Beeinflussung oder Informationsquellen?“ (Benediktinergymnasium Ettal) stand zunächst die Frage im Mittelpunkt, was Propaganda von um Objektivität bemühter Informationsvermittlung unterscheidet, wobei die Schülerinnen und Schüler eine ganze Reihe von Propagandamerkmalen herausarbeiten konnten. Besonders spannend war dann die Anwendung dieser Erkenntnisse in vier Arbeitsgruppen, die jeweils einen Fernsehbeitrag über ein fiktives Ereignis aus dem Ukrainekrieg produzieren sollten. Während der Gegenstand der Berichterstattung für alle vier Gruppen somit gleich war, unterschieden sich die Medien, für die der Beitrag erstellt werden sollte, deutlich: von der Tagesschau über Bild TV bis hin zu RT (Russia Today) und Fox News. Es ist den Teilnehmern dabei ausgesprochen gut gelungen, die jeweilige Rolle der Medien im Spannungsfeld von Informa-

tion und Propaganda zu treffen – und unterhaltsam war diese Methode obendrein. Zum Schluss gab es noch einen Ausflug in das Reich der Social Media, wobei die Schüler fiktive Twitter-Mitteilungen prominenter Persönlichkeiten zu vorgegebenen Themen erstellen konnten, was wiederum die unterschiedlichen Ziele der Mediennutzung anschaulich zum Vorschein treten ließ.

Fester Bestandteil der Ideenwerkstatt „Zehn für Zukunft“ ist auch eine Diskussionsrunde mit Abgeordneten des Bayerischen Landtags, die den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort zu den verschiedenen Workshopthemen, aber auch zu anderen Fragen aus Politik und Gesellschaft stehen. Dieses Mal waren Ute Eiling-Hüting (CSU-Fraktion) und Andreas Krahl (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) an die Akademie gekommen, um mit den Teilnehmern zu diskutieren. Dabei offenbarten sich viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Abgeordneten, etwa bei der Bewertung des Einflusses der Kirchen auf die Politik (gering) oder bei der Bedeutung internationaler Krisen für die bayrische Landespolitik (sehr groß). Natürlich traten aber auch Unterschiede in der Diskussion deutlich zutage, so beispielsweise bei der Frage nach einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Während Andreas Krahl sich vehement dafür aussprach und auf das große politische Interesse der Jugendlichen verwies, war Ute Eiling-Hüting deutlich skeptischer, zumal ihres Erachtens auch schon die unter 18-Jährigen über vielfältige politische Mitwirkungsrechte verfügten.

Die diesjährige Ideenwerkstatt „Zehn für Zukunft“ wurde von den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern am Ende als herausforderndes, aber sehr beicherndes Angebot bewertet. Die Veranstalter planen eine Fortsetzung 2023, für die die Ausschreibung bereits an die Schulen verschickt wurde.

Jörg Siegmund



Abschlussdiskussion mit den Abgeordneten Ute Eiling-Hüting und Andreas Krahl sowie Teilnehmerinnen der Ideenwerkstatt



Literaturnachweissysteme im Wandel: Vom Karteikartenkatalog über CD-ROMs zum Online Public Access Catalogue (Web-OPAC)
© Maier (APB)

Digitalisierungsprojekte in der Akademiebibliothek

Seit ihrer Errichtung im Jahre 1957 verfügt die Akademie über eine hauseigene Bibliothek. Deren kontinuierlicher Auf- und Ausbau orientierte sich vor allem an den Aktivitätsfeldern des laufenden Tagungsbetriebs sowie an den Forschungsinteressen des wissenschaftlichen Personals. Inzwischen verfügt die Akademiebibliothek über einen recht breit gefächerten Bestand im Umfang von rund 50.000 Medieneinheiten.

Darin finden sich schwerpunktmäßig die Disziplinen Politik-, Geschichts- und Kommunikationswissenschaft, Philosophie, Wirtschafts-, Rechts- und Religionswissenschaft, Pädagogik und Soziologie. Hinzu kommen noch Biografien- und Festschriften-Sammlungen, etwas „schöngeistige Literatur“ sowie eine überschaubare Anzahl an Wandkarten. Neben dem Buchbestand werden derzeit rund 65 laufende wissenschaftliche Zeitschriften gehalten. Zudem beherbergt die Akademiebibliothek ein bunt bestücktes Zeitschriftenmagazin mit etwa 130, teilweise abgeschlossenen Zeitschriften in der Größenordnung von rund 190 laufenden Regalmetern.

Wissenschaftliche Spezialbibliothek

Die Akademiebibliothek ist eine öffentliche Bibliothek und dem Typus der wissenschaftlichen Spezialbibliothek zuzurechnen. Sie ist in allerster Linie für die Versorgung des wissenschaftlichen Personals, der Gastwissenschaftler sowie der Tagungsgäste zuständig. Als reine Präsenzbibliothek angelegt, werden

zwar keine Bücher außer Haus gegeben. Gleichwohl können die Bestände der Akademiebibliothek jederzeit von außen eingesehen werden. Dazu dient der digitale Online-Public-Access-Catalogue (Web-OPAC), der seit 2015 unter der Internetadresse www.apb-tutzing.de/opac zu erreichen ist.

Doch bis hierhin war es ein weiter Weg, der über unterschiedliche Bibliothekssoftware-Programme und spezifische Digitalisierungsprojekte geführt hat.

EDV in der Akademiebibliothek

Über die bescheidenen Anfänge der elektronischen Datenverarbeitung der Akademie insgesamt ist bereits an anderer Stelle (vgl. Akademie-Report 1/2020, S. 27: „Der erste Wang-PC“) berichtet worden. Im Bereich der Akademiebibliothek hielt der erste Personal Computer Ende 1993 Einzug. Ein zweiter vernetzter PC-Arbeitsplatz kam dann erst im Jahre 2000 hinzu. Darauf liefen Anwendungen wie etwa VLB Aktuell, das Munzinger-Archiv, die Zimpel-Pressedatenbank oder die Annotierte Bibliografie für die politische Bildung – damals noch auf CD-ROM.

Bei der Bibliothekssoftware entschied man sich seinerzeit für das Standard-Bibliothekssystem BIS-LOK der Firma DABIS aus Hamburg zur Erfassung von maximal 20.000 Titeln; zunächst als MS-DOS Einzelplatzversion und später dann als Windows-NT-Netzversion für zwei bibliothekarische Vollarbeitsplätze.

Beginnend mit dem Jahr 1995 wurden sämtliche Neuzugänge in die Bibliothekssoftware BIS-LOK eingepflegt. Der elektronische Katalog umfasste im November 2003 rund 16.000 Titelsätze.

Von BIS-LOK zu Alephino

Die Einstellung von Weiterentwicklung und Support der archaisch anmutenden und leider auch nicht gerade benutzerfreundlichen BIS-LOK Software zum 31. Dezember 2004 machte den Wechsel zu einer neuen komfortableren Bibliothekssoftware notwen-

The screenshot shows the library's search interface. At the top, there are tabs for 'Suchen Ergebnisse' (Search Results), 'Systematische Indexierung' (Systematic Indexing), 'Einstellungs-Suchverlauf' (Search History), and 'Gesamtes Ergebnis-Set' (Full Result Set). Below these are buttons for 'Alle auswählen' (Select All), 'Auswahl aufheben' (Clear Selection), and 'Modifizieren' (Modify). On the right, there are links for 'Feedback', 'Anmelden' (Log In), and 'RSS'. The main content area displays search results for 'Elsner' sorted by year and title. It includes columns for 'Titel' (Title), 'Autoren' (Authors), 'Inhalt' (Content), and 'Systematikgruppen' (Subject Groups). The results show various publications by Steffen Elsner, Heinrich Oberreuter, Reinhard Bodenhofer, and others.

dig. Mitte 2004 erfolgte die Migration zu Alephino der Ex Libris GmbH. Eine besondere Herausforderung stellte hierbei die Datenübernahme aus dem früheren Bibliothekssystem dar, die natürlich (möglichst) ohne Datenverluste zu bewerkstelligen war. Vor der Übernahme der vorhandenen Datensätze in die neue Bibliothekssoftware Alephino war eine umfangreiche und aufwendige Bereinigung der Altbestandsdaten notwendig, die sich leider nicht automatisieren ließ und daher einen hohen personellen und zeitlichen Aufwand erforderte.

Fremddatenimport

Eine herausragende Rolle sowohl bei der Aufnahme von Altbeständen wie auch bei der Katalogisierung neuer Titel kam und kommt der sogenannten Z39.50-Schnittstelle zu. Über diese Schnittstelle können Recherchen in weiteren Bibliotheks- oder Verbundkatalogen vorgenommen werden. Z39.50 ist ein international standardisiertes Netzwerkprotokoll, um mit anderen bibliografischen Datenbanken zu kommunizieren, ohne die gewohnte Oberfläche der Bibliothekssoftware verlassen zu müssen. Die recherchierten bibliografischen Nachweise können direkt in den eigenen Bibliothekskatalog übernommen werden. Damit ist die Schnittstelle Z39.50 nicht nur ein Tool, um ein vergrößertes Informationsangebot zu liefern, sondern vor allem ein unverzichtbares Instrument zur effizienten Katalogisierung per Fremddatenübernahme – wobei die Qualität der Fremddaten höchst unterschiedlich ausfallen kann. Nach wie vor stehen viele Datenquellen via Z39.50-Schnittstelle zur Verfügung, die kostenfrei bibliografische Daten liefern.

Digitalisierung von (analogen) Altkatalogen

Neben ihrem elektronischen Katalog verfügte die Akademiebibliothek bis in die jüngste Zeit hinein über einen Altkatalog in Karteikartenform, in welchem auf rund 15.000 Katalogkarten im typischen Format 12,4 x 7,5 cm, hauptsächlich maschinenschriftlich, teils mit handschriftlichen Ergänzungen, die bis zum Jahr 1995 angeschaffte Literatur nachgewiesen war. Die von der Akademie gehaltenen

Zeitschriften wurden ursprünglich in einem konventionellen Zeitschriftenkatalog auf Karteikarten, dem sogenannten Kardex, nachgewiesen.

Um die Zugänglichkeit und Benutzungsfreundlichkeit des Bibliotheksbestands (inklusive Altbestand und Zeitschriften) deutlich zu verbessern und den gängigen Standards anzugeleichen, wurden ab September 2010 mehrere Digitalisierungs(teil)projekte aufgesetzt. Deren Ziel bestand darin, die Inhalte der analogen Alt-kataloge im elektronischen Bibliothekssystem verfügbar und recherchierbar zu machen (sogenannte Retrokonversion). Vor der eigentlichen Digitalisierung wurde zudem eine Revision des Altbestandes vorgenommen.

Onlineerfassung

Die Retrokonversion der Altkataloge erfolgte dann im Online-Verfahren über die Z39.50-Schnittstelle. Ergaben sich für die zu konvertierenden Titelaufnahmen Treffer in den angesteuerten externen Bibliotheksdatenbanken, so wurden diese in die Bibliothekssoftware Alephino importiert, die erforderlichen Anpassungen vorgenommen und um spezifische Lokaldaten (Signaturen, Inventarnummern etc.) ergänzt. Die Retrokonversion konnte – insbesondere dank des fleißigen Einsatzes unseres Bibliothekars Moritz Fink – 2021 endgültig abgeschlossen werden. Seitdem ist der Gesamtbestand der Akademiebibliothek vollumfänglich im Web-OPAC recherchierbar.

Ausblick – Facelift des OPAC-Erscheinungsbildes

Seit geraumer Zeit tragen wir uns mit dem Gedanken eines Facelifts für unseren in die Jahre gekommenen Alephino Web-OPAC – nicht zuletzt um auch durchgängig Mobiloptimierung anbieten zu können. Schnell wurde klar, dass wir vonseiten der Akademie den dazu nötigen Aufwand nicht alleine werden schultern können. Insofern gilt es für uns gleichgesonne-ne Alephino-Anwender oder aber externe Sponsoren für das angestrebte Facelift-Projekt zu gewinnen. Fühlen Sie sich vielleicht angesprochen, dann melden Sie sich doch bitte bei uns.

Steffen H. Elsner

Wie hängen Raum, Zeit und Gewalt in der Geschichte zusammen?

Der Historiker Timothy Snyder hat bestimmte Gebiete in Osteuropa als „Bloodlands“ bezeichnet, d.h. als Räume, in denen es in der Geschichte besonders häufig zu außergewöhnlichen Gewaltausbrüchen kam.

Der aktuelle Krieg in der Ukraine scheint dies zu bestätigen. Gleichwohl haben Historikerinnen und Historiker in Antwort auf Snyder eingewandt, dass die von ihm betrachteten Großräume nur auf den ersten Blick eine kontinuierliche Gewaltgeschichte zwischen 1914 und 1945 aufwiesen. Die Mikrogeschichte einzelner Ortschaften oder Regionen belegt hingegen, dass der Zusammenhang zwischen Raum und Gewalt komplexer ist als von Snyder angenommen.

Diese historische Debatte war Ausgangspunkt einer internationalen Tagung der Akademie für Politische Bildung und der Arizona State University zum Thema „Terrortimes, Terrorscapes“. Forscherinnen und Forscher aus Europa und den USA diskutierten dabei in Tutzing den Zusammenhang zwischen Raum, Zeit und Gewalt, um allgemeinere Aussagen zu diesem Thema zu treffen. Die Ergebnisse finden sich im nun erschienenen Sammelband.

Die Herausgeber dieses Sammelbandes haben zudem die inzwischen vorliegenden Forschungen zu Gewalträumen genutzt, um einen analytischen Rahmen zu entwickeln, der den Interaktionszusammenhang zwischen Zeit, Raum und Gewalt anhand von verschiedenen Kategorien zu erfassen sucht. Zu diesen Kategorien gehören etwa umstrittene Gebiete, die Rolle von Staaten als Beförderer von Gewalt, asymmetrische Machtdynamiken, Vorstellungen und Imaginationen von nationaler, ethnischer oder religiöser Homogenität, aber auch zum Beispiel Emotionen wie Hoffnung, Furcht oder Zugehörigkeitsgefühle bzw. Utopien und deren Möglichkeiten und Grenzen.

Michael Mayer

Terrortimes, Terrorscapes

*Continuities of Space,
Time, and Memory in
Twentieth-Century War and Genocide*



Edited by
Volker Benkert
and Michael Mayer

Volker Benkert,
Michael Mayer (Hrsg.)

Terrortimes, Terrorscapes

*Continuities of Space, Time,
and Memory in Twentieth-
Century War and Genocide*

Purdue University Press,
West Lafayette (IN) 2022

ISBN: 9781612497303,
294 Seiten

Landkarte, auf der während der Verhandlungen zum Hitler-Stalin-Pakt im September 1939 das Territorium Polens auf die Sowjetunion und das Deutsche Reich aufgeteilt wurde. Die Landkarte zeigt zudem auch Gebietskorrekturen, die während der Verhandlungen vorgenommen wurden. Diese wurden durch die Unterschriften des sowjetischen Diktators Josef Stalin (blau) und Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (rot) bestätigt.

© Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin

Die herausgeforderte Demokratie

Zahlreiche akademische Weggefährten, Kollegen, Schüler und Freunde feierten in der Akademie mit einem Symposium den 80. Geburtstag des früheren Akademiedirektors Heinrich Oberreuter und würdigten seine vielfältigen Verdienste und seine große thematische Bandbreite.

Seine Nachfolgerin als Direktorin, Ursula Münch, hob hervor, dass er große Teile dieser Tagung selbst organisiert hatte und auch selbst moderieren wird („ein echter Oberreuter“). Die Organisation sei auch deshalb nicht einfach gewesen, weil wegen des gleichzeitigen Trauerstaatsakts für die frühere Staatsministerin und Landtagspräsidentin Barbara Stamm das Programm sehr kurzfristig umgeplant werden musste.

Der Kuratoriumsvorsitzende Friedrich-Wilhelm Rothenpieler erwähnte bei seinem Grußwort Oberreuters Kampf für die Akademie in Zeiten von Sparhaushalten in den 1990er Jahren und bezeichnete ihn als immer unbequemen und kritikbereiten Therapeuten und Analytiker der Politik, der stets Angriffe auf sich zog und dies auch einkalkulierte.

Staat ohne Gott?

Das berühmte „Böckenförde-Diktum“ von 2006 („Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“) beschäftigte den Würzburger Verfassungsjuristen Horst Dreier, den Politikwissenschaftler und ehemaligen bayerischen Kultusminister Hans Maier und die Passauer Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig. Dreier meinte: „Der säkularisierte Staat von heute und seine Institutionen sind zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Der Staat würde auch ohne Gott funktionieren.“ Maier entgegnete, dass auch der säkularisierte Staat heute noch christlich strukturiert sei und verwies auf die Feiertage, die christliche Zeitrechnung, den Religionsunterricht und die Militärseelsorge: „Das Grundgesetz kommt ohne Christentum nicht aus.“ Zehnpfennig vertrat die Auffassung, dass die Idee vom Verfassungspatriotismus als Versuch der Austreibung des Nationalismus gescheitert sei: „Die amerikanische ‚civil religion‘ ist auf Deutschland nicht übertragbar und bröckelt auch in den USA, wie der Sturm auf das Capitol zeigt.“



Altdirektor Heinrich Oberreuter moderiert beim Symposium zu seinem 80. Geburtstag.

© Maier (APB)

Dreier stellte klar, dass niemand auf das Grundgesetz verpflichtet werden könne: „Es gibt keinen Zwang, die Überzeugung ist wichtig.“ Beteiligung am politischen Prozess könnte nicht eingefordert werden. Zehnpfennig wiederum betonte, dass es eine Relativierung der Maßstäbe, eine „Sollbruchstelle“ des Verfassungsstaats gebe: „Das ‚ich‘ setzt die Maßstäbe. Es gibt keinen gemeinsamen Maßstab mehr. Das Individuum setzt sich absolut. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.“ Auf die Frage von Moderator Heinrich Oberreuter, was denn nun die Gesellschaft zusammenhalte, meinte Maier: „Patriotismus, auch wenn der durch den Missbrauch der Nazis tabuisiert wird. Man darf dieses Thema nicht den Extremisten überlassen!“ Zehnpfennig sieht ein Problem im konstruierten Gegensatz Staat – Bürger: „Der Staat sind wir!“

Berlin gleich Weimar?

Der ehemalige Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, diskutierte die Frage, ob die aktuellen Krisenphänomene mit denen der Weimarer Republik vergleichbar seien: „Geschichte wiederholt sich nicht. Der Teufel kommt niemals durch die gleiche Tür, sondern durch die jeweils offene.“ Es gebe strukturelle Unterschiede und eine andere Ausgangslage, aber auch beängstigende Analogien: Wirtschaftskrise und Inflation, Außenpolitische Instabilität und gesellschaftliche Spaltung sowie die sinkende Integrationskraft der früheren Volksparteien. Aber es gebe eben auch deutliche Unterschiede: eine andere historische Erfahrung nach dem jeweiligen Krieg, eine stabilere Verfassung und die europäische Integration. Möller sieht die aktuellen Herausforderungen im Strukturwandel der Öffentlichkeit: „Die Wirtschafts-

krise ist eine fundamentale Herausforderung – stattdessen werden Nebensächlichkeiten und Probleme von Minderheiten diskutiert. Das führt zu Protestwählern an den Rändern. Die aktuelle Parteienkrise ist Weimar in Reinkultur.“ Sein Fazit: „Die Extremisten hätten ohne das Versagen und die Fehlentscheidungen der Demokraten keine Chance.“

Abdankung des Parlaments ein „Märchen“

Die Juristin Anna-Bettina Kaiser (Humboldt-Universität Berlin) erörterte, ob es in der Pandemie Machtverschiebungen zu Gunsten der Exekutive gegeben habe. Sie setzte sich mit der „großen Erzählung“ auseinander, es hätte einen Ausfall von Parlament und Justiz gegeben und entwarf die „Gegenerzählung“: „Die epidemische Lage wurde vom Parlament ausgerufen. Ein Notparlament gab es nicht und die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz waren nicht bindend.“ Die „Abdankung des Parlaments“ bezeichnete sie als ein „Märchen“: „In den Ländern hat es über 2.600 parlamentarische Beschäftigungen mit Corona gegeben.“ Auch die Justiz habe nicht versagt: „Die Verwaltungsgerichte haben über 1.000 Entscheidungen zu den Corona-Maßnahmen getroffen“, sagte Kaiser. „Darunter sicher auch manche Fehlentscheidung, zum Beispiel das Versammlungsverbot für 15 Menschen.“ Die Kraft der vertikalen Gewaltenteilung hätte sich sehr wohl erwiesen. Allerdings kritisierte die Juristin die „völlig überforderten Gesundheitsämter“, das „Regelungschaos“ und die Schulschließungen, die die soziale Ungleichheit verstärkten. Sie forderte eine stärkere Widerstandsfähigkeit der Verwaltung als Lehre aus der Pandemie, denn sonst käme die Legitimität ins Wanken.

Neigung zur Skandalisierung

Politik unter Beobachtung war das Thema aktiver und ehemaliger Politikerinnen und Politiker aus Bundes- und Landtag. Die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beklagte die zunehmende Neigung der Medien zur Skandalisierung. Das hätte es auch ohne soziale Medien bereits gegeben. Das Interesse an Inhalten nehme ab: „Bei meinem Amtsantritt haben sich die Journalisten mehr für meine Kleidung und meinen Hund interessiert als für meine Politik.“ Sie forderte mehr Aufklärung über die Bedeutung und Funktion der Algorithmen und mehr Datenschutz im Netz.

Die bayerische Landtagsabgeordnete der Grünen, Gabriele Triebel, nutzt soziale Medien selbst für ihre politische Bekanntheit, Privates spiele aber keine Rolle. Sie warnte auch vor den Gefahren: „Ein Schnappschuss im falschen Moment und aus dem Zusammenhang gerissene Video-Schnipsel – und schon ist der Shitstorm da.“ Sie betonte aber auch die positiven Wirkungen sozialer Medien bei Demokratiebewegungen wie aktuell im Iran oder früher in Nordafrika.

Mehr Medienkompetenz gefordert

Bayerns Kultusminister Michael Piazolo stellte fest, dass es immer weniger aus dem Landtag berichtende Journalisten gibt: „Immer weniger Fachleute, immer mehr Generalisten – das geht zu Lasten der Qualität.“ Er selbst halte sich in sozialen Medien zurück – anders als sein Parteivorsitzender, der bayrische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Ich habe gerade als Schulminister eine Vorbildfunktion. Und Online-Schlachten kann man nicht gewinnen.“ Der politische Betrieb werde immer schneller: „Die



Eine Politik unter zunehmender Beobachtung und ihre Implikationen, darüber diskutierten Gabriele Triebel, Michael Piazolo, Franz Maget, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Ursula Münch.

Temperatur in der Küche ist gestiegen.“ Er wolle das Netz aber auch nicht den Extremisten überlassen und sprach sich für mehr Medienkompetenz aus.

Geschwindigkeit vor Genauigkeit

Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag und Landtagsvizepräsident Franz Maget beobachtet grundlegende Veränderungen im Zusammenspiel von Politik und Medien: „Die Frequenz wird höher. Politiker müssen sofort ‚auf Sendung‘ sein. Der Erste wird gefeiert, der Nachdenkende wird bestraft.“ Geschwindigkeit gehe vor Genauigkeit. Vertrauen zwischen Bürgern und Politik könne man nicht durch soziale Medien aufbauen, sondern nur durch das direkte Gespräch. Was wiederum Heinrich Oberreuter zu der Bemerkung veranlasste, der Verlust der persönlichen Kommunikation sei ein großes Problem der Demokratie, denn darauf beruhe Legitimität.

Unverzichtbarer Dialog

Mit sehr bewegenden Worten schilderte der ehemalige außenpolitische Berater von Helmut Kohl und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Horst Teltschik, seine persönlichen Erfahrungen bei Begegnungen mit sowjetischen und russischen Führern von Breschnew bis Putin. Er plädierte für unverzichtbaren Dialog in der Außenpolitik: „Natürlich spricht man mit seinen Freunden zuerst, aber man muss auch zu den anderen Staats- oder Regierungschefs reisen und mit ihnen reden, ob man will oder nicht und wer immer sie sind. Es ist immer besser zu reden, als sich die Köpfe einzuschlagen.“ Das Thema der Sicherheit Russlands werde unterschätzt. Das Angebot an Russland für eine NATO-Mitgliedschaft war vom Westen nie wirklich ernst gemeint: „Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz gilt als Rückkehr zum Kalten Krieg. Aber niemand hat auf ihn reagiert: „Viele Spielregeln wurden nicht befolgt“, sagte der 82-Jährige. 100 Milliarden für die Bundeswehr seien jedenfalls die falsche Antwort auf die „Zeitenwende“.



Horst Teltschik plädiert für Dialog in der Außenpolitik

Erosion der Grundlagen

Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der zusammen mit zwei anderen Oberreuter-Schülern (Martin Sebaldt und Uwe Kranenpohl) zum Thema der „institutionellen Erosionen“ diskutierte, sieht drei aktuelle Gefährdungen für den deutschen Parlamentarismus: „Das

Problem der Elitenrekrutierung verschärft und verdichtet sich. Der Basis fehlt es an Bereitschaft, sich zu engagieren.“ Ferner seien die Parlamente aufgebläht und ihre äußere Ausstattung sei vielen in der Bevölkerung ein Ärgernis. Und es gebe eine Erosion der Grundlagen unseres politischen Systems: „Es gibt nur ein sehr schütertes Wissen über die Institutionen und ihre Aufgaben.“ Dazu komme die Ausgrenzung Andersdenkender: „Die AfD und ihre Gefolgsleute lassen sich nicht aussitzen. Man muss da rein in den politischen Nahkampf.“ Ein Kontakt- und Redeverbot dürfe es nicht geben.

Starke und schwache Führung

Der Regensburger Politikprofessor Martin Sebaldt setzte sich mit dem Gegensatz von starken und schwachen politischen Führern auseinander: „Ich halte diese Dichotomie für zu krass. Denn persönliche Stärke entsteht durch vermeintliche Schwäche.“ Der politische Führer müsse sich taktisch klug zurücknehmen und offene Entscheidungsprozesse moderieren. Zweitens sei wichtig die Konzentration auf das Wesentliche und das Delegieren von Nebensächlichkeiten. Und ein starker Führer müsse Empathie ausstrahlen.

Uwe Kranenpohl (Evangelische Hochschule Nürnberg) sieht die Parteidemokratie sehr wohl bedrängt, aber nicht durch direktdemokratische Verfahren. Denn die Parteien blieben auch bei Volksbegehren zentrale Akteure. Erfolgreiche Volksbegehren in Bayern wurden durch Parteien initiiert und begleitet. Direkte Demokratie sei keine Bedrohung des Parteienstaats, sondern ein zusätzliches Instrument im Repertoire der Politiker. Die wirkliche Bedrohung gehe vielmehr von populistischen Strömungen aus.

Strukturwandel der Öffentlichkeit

Mit dem Populismus auf der Straße und im Netz beschäftigte sich die Dresdner Politikwissenschaftlerin Marianne Kneuer: „Die neuen Netztechnologien verändern nicht den Aktivismus, aber die Aktivisten machen sich die Logik der Technologie zunutze und das verändert die Wirkung des Aktivismus.“ Sie spricht von einer Wechselwirkung: „Der Netzaktivismus braucht die Straße, und der Straßenprotest braucht das Netz.“ Die Jahre 2000 bis 2010 seien durch das Web 2.0 gekennzeichnet mit den sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Youtube: „Soziale Plattformen bieten neue Möglichkeiten der Massenreichweite und -mobilisierung.“ Kneuer sprach in diesem Zusammenhang von „Cyberpopulismus“. Die neue Phase seit 2020 kennzeichnete sie dagegen als „Cyber-Extremismus“. Rechtsextremistische und systemfeindliche Gruppen würden sich in geschützte Räume wie Telegram und Signal zurückziehen und aus den Mainstream-Plattformen abwandern, weil diese neuerdings Inhalte kontrollieren. Bei beiden sehr erfolgreichen Diensten blühten

illiberale Gegenöffentlichkeiten und systemfeindliche Propaganda. Es gebe Brutstätten und Trainingsorte für koordinierte Attacken. Zugleich würden Strategien entwickelt, wie extreme Ideen in die Diskurse der Mainstream-Plattformen eingespeist und Aktivitäten auf der Straße organisiert werden können.

Gefährdung der Zeitung

Über die Medienlandschaft im Umbruch referierte der Landtagskorrespondent und stellvertretende Chefredakteur der Passauer Neuen Presse Alexander Kain. Nach den goldenen Jahren des Printjournalismus bis 1990 („Polarisierung lohnte sich“) gebe es seit 2000 die Herausforderungen durch die Entstehung und massenhafte Verbreitung des Internets und entsprechender Online-Angebote („Disruptionen“). Damit verbunden war ein stetiger Rückgang der gedruckten Auflage und der Verluste im Anzeigengeschäft. Man habe es mit einer sinkenden Aufmerksamkeitsspanne beim Publikum zu tun. Der Auf- und Ausbau von Online-Redaktionen konnte hier etwas Abhilfe schaffen. Kain sieht die gedruckte Tageszeitung an sechs Tagen pro Woche als bedroht an. Die Vertriebskosten würden sie bald als teures Luxusobjekt erscheinen lassen.

Drohende Radikalisierung

Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie in Allensbach widersprach mit seinen Daten der These von der Spaltung der Gesellschaft. Denn für eine grundlegende Änderung unseres politischen Systems sprachen sich im August 2022 nur 28 Prozent der Bevölkerung aus – 2003 waren es noch 48 Prozent. Und unzufrieden mit der Demokratie waren 2021 nur 18 Prozent (2003: 29 Prozent). Von allen im Bundestag vertretenen Parteien waren im letzten Jahr immerhin 36 Prozent enttäuscht, aber 2016 war es sogar die Hälfte der Befragten. Allerdings zeigten die Daten auch, dass aktuell die Gräben in der Bevölkerung tiefer werden und die sozialen Belastungen durch Inflation und steigende Energiekosten zur Radikalisierung führen können.

 Michael Schröder

Hinweis

Das Gespräch zwischen der früheren BR-Journalistin und Sprecherin der Bayerischen Staatsregierung Daniela Philippi und Heinrich Oberreuter „Über das Leben“ erscheint in Auszügen in der nächsten Ausgabe des Akademie-Reports (Ausgabe 01-2023).



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Beirat

Im Beirat werden künftig die Gewerkschaften durch den Bezirksgeschäftsführer des DGB Bayern, Herrn **Lukas Graf**, vertreten. Er tritt die Nachfolge von **Robert Günthner** an, der dem Beirat der Akademie von 2013 bis 2022 angehörte. Wir danken Herrn Günthner für die engagierte Zusammenarbeit und freuen uns auf die Anregungen, die Herr Graf künftig in die Arbeit des Beirats einbringen wird.

Kuratorium

Neu berufen wurden in das Kuratorium **Simone Fleischmann**, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes e.V. und **Bernhard Stiedl**, Vorsitzender des DGB Bayern. Wieder berufen wurden: Vizepräsident **Karl Freller, MdL**, Staatsminister **Prof. Michael Piazolo, MdL**, Vizepräsident **Markus Rinderspacher, MdL**, **Prof. Ursula Männle** und **Daniela Philippi**.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Kinza Khan (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Starnberger Landkreislauf in Andechs: Akademieteam bei Neuaufage dabei

„Begeisternde Rückkehr nach drei Jahren Pause“: So betitelte der Starnberger Merkur seinen Bericht über den aus dem Coronaschlaf erwachten Landkreislauf. Die Großveranstaltung begeistert nicht nur durch den Sport allein.

Als Schlussläuferin Iryna Bielefeld im Schatten von Kloster Andechs die Ziellinie überquerte, standen für knapp 27 Kilometer Laufstrecke 2 Stunden und 15 Minuten auf der Uhr – und die restlichen Läufer der Akademiestaffel klatschend am Wiesenrand. Einige Stammkräfte waren für den diesjährigen Landkreislauf aufgrund von Tagungen verhindert. Dennoch erreichte die Mannschaft ein schönes Ergebnis. Am Ende hieß es Platz 9 von 19 gestarteten Mannschaften in der Wertung „Firmen und Behörden“. Im Gesamtklassement erreichte das Akademieteam Platz 55 von 154 gestarteten Mannschaften, darunter natürgemäß viele Sportvereine.

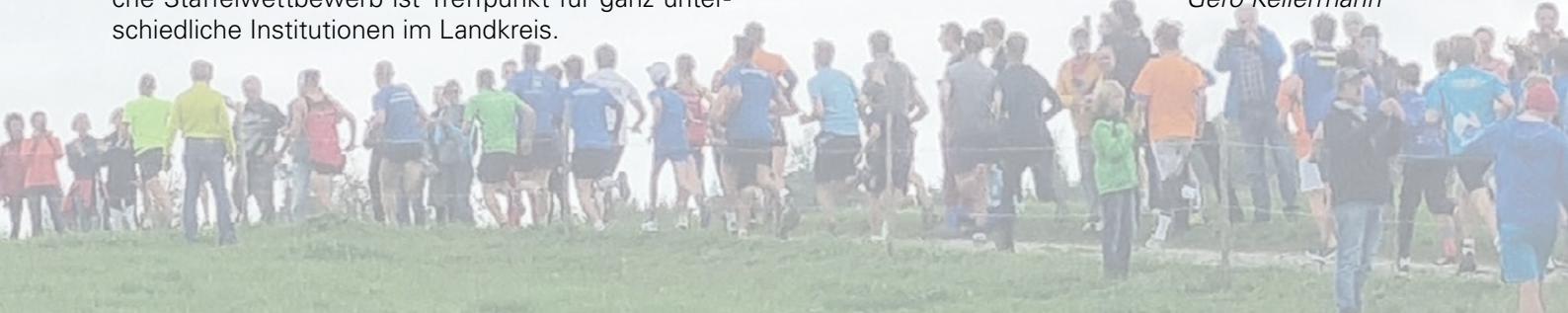
Der Starnberger Landkreislauf ist das größte Breitensportereignis in der Region. Der traditionsreiche Staffelwettbewerb ist Treffpunkt für ganz unterschiedliche Institutionen im Landkreis.

Auf der Startliste finden sich Teams von den hiesigen Sportvereinen, dem Landratsamt, von Wasserwacht und Feuerwehren, von Hidden Champions aus der heimischen Wirtschaft, der Bundeswehr und von Nachbarschaftsinitiativen, auch Kindermannschaften sind mit dabei. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Machtlfing stellen ein Team wie auch das Max-Planck-Institut für Ornithologie in Seewiesen. Auch wenn wegen Corona die üblichen 10er-Staffeln auf 6er-Teams reduziert wurden, war mit knapp über 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel los auf den Feld- und Forstwegen von Andechs.

Nach dem Lauf ist vor dem Lauf

Das Akademie-Landkreislaufteam nimmt seit Jahren an dem Lauf teil und wollte natürlich auch bei der Neuaufage nicht fehlen. Neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den unterschiedlichen Funktionsbereichen der Akademie stehen typischerweise Kooperationspartner, Ehemalige und Familienangehörige im Akademieteam. Der Förderkreis unterstützt die Mannschaft regelmäßig, etwa in Sachen Trikots, Logistik und Verpflegung. Der nächste Lauf findet im Oktober 2023 in Hechendorf statt – und ist schon fest eingeplant.

Gero Kellermann



Kurz vor dem Start (v.li.): Gero Kellermann (Dozent), Martina Maier (Medienpraktikantin), Iryna Bielefeld (Tagungssekretärin), Armin Seemann (Förderkreis).



Endspurt von Björn Griesbach, Ehemann von Dozentin Giulia Mennillo
© Archiv (APB)



Publikationen

Auch seit der letzten Ausgabe des Akademie-Reports sind wieder Beiträge seitens der Direktorin und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschienen. Ausgewählte und einzelne Neuveröffentlichungen – sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Schriftenreihen und sonstigen Akademiepublikationen – dokumentieren wir an dieser Stelle.

Dr. Moritz Fink

Rezension

- Trick or Treat? Book Review of Sandra Danneil, Trick, Treat, Transgress: The Simpsons' Treehouse of Horror as a Popular-Culture History of the Digital Age (Marburg: Schüren, 2021), in: Anglia. Journal of English Philology 140. Jg. (2/2022), S. 304–309.

Link:
bit.ly/fink-link



Volltext:
bit.ly/fink-volltext



Laura Martena, M.A.

Herausgeberschaften

- Anspruch und Methode der Philosophie. Stimmen aus der Gegenwart, hrsg. mit Niklas Grouls, Darmstadt (WBG) 2022, 289 Seiten.

- Was Liebe vermag. Philosophische Liebesdiskurse in der Antike, hrsg. mit Sarah Al-Taher und Vanessa Jansche, Stuttgart (Metzler) 2022, 263 Seiten.

Was tun wir, wenn wir philosophieren? Welchen Anspruch können wir dabei erheben, und wie sollten wir vorgehen, um ihn einzuholen? Indem die Beiträge dieses Bandes sehr unterschiedliche Antworten auf diese Fragen geben, wird die Vielfalt philosophischer Selbstverständnisse in der Gegenwart sichtbarer. Zugleich zeigen sie auf, was es heißen kann, diese Pluralität selbst zum Gegenstand des Philosophierens zu machen.



Der Band kann gedruckt erworben werden, steht auf der Website der WBG aber auch kostenlos zum Download bereit:
bit.ly/martena-philosophie

Der Band spürt den antiken philosophischen Liebesdiskursen in einem breiten historischen Zugriff nach, von der Archaik über die klassische Philosophie und den Hellenismus bis in die neuplatonische Tradition und das frühchristliche Denken hinein. Dabei werden unter anderem die vielfältigen Rezeptionsbeziehungen und philosophischen Kontexte der antiken Liebesdiskurse sichtbar. Ziel ist jedoch nicht allein eine historisierende Betrachtung. Vielmehr zeigen die Beiträge auch systematische Anregungspotentiale für die Gegenwart.

Weitere Infos unter:
bit.ly/martena-liebe



Dr. Giulia Mennillo**Monografie**

- Credit Rating Agencies, Newcastle upon Tyne (Agenda Publishing) 2022, 152 Seiten.

Das Buch stellt die komplexe Welt der Kreditratingbranche vor und untersucht, wie sie funktioniert, wie sie sich entwickelt hat, welche Rolle sie in der Finanzkrise spielte und wie sie reguliert wird. Giulia Mennillo zeigt, dass Ratingagenturen als konstitutive Akteure des globalen Finanzkapitalismus eine gesellschaftliche und politische Relevanz haben. Die Konsequenzen der Bewertung von Kreditwürdigkeit durch die Ratingagenturen für Staaten, Unternehmen und Finanzinstitutionen stehen sinnbildlich für die zunehmende Finanzialisierung unserer Welt.

Link:
bit.ly/mennillo-cra

**Dr. Anja Opitz****Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

- Globale Gesundheit und internationale Politik, in: Frank Sauer / Luba von Hauff / Carlo Masala (Hg.), Handbuch Internationale Beziehungen, Wiesbaden (SpringerLink) 2022 (online unter: doi.org/10.1007/978-3-531-19954-2_61-1).

Der Beitrag skizziert die Entwicklung einer internationalen Agenda für globale Gesundheitspolitik und zeigt die Bedeutung des Politikfeldes für die Disziplin Internationale Politik auf. Zudem lenkt der Artikel sein Augenmerk auf die globale Gesundheitssicherheit, ein noch junges Handlungs- und Analysefeld innerhalb der internationalen Gesundheitspolitik.

Link:
bit.ly/opitz-gesundheit



AKADEMIE INTERN



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hielt intern und extern Vorträge über die Kommunistische Partei Chinas, den Parteitag, Chinas Außen- und Sicherheitspolitik, die Beziehungen zu den USA, zum Verhältnis zwischen Russland und China mit Bezug auf den Ukrainekrieg und über Myanmar. Im Wintersemester hält sie einen internationalen Kurs über „China’s Security Concepts and Structures“ an der Universität Frankfurt. An der Universität Regensburg unterrichtet sie im Rahmen ihres Lehrauftrags „China 2022: Superpower in Trouble“.

Dr. Andreas Kalina hielt anlässlich einer Feierveranstaltung des Honorarkonsulats der Tschechischen Republik in Stuttgart die Festrede zum Thema „In ‚Europa‘ angekommen? Tschechiens Rolle und Selbstverständnis als Mitglied der Europäischen Union“. An der Universität Passau bietet er im Wintersemester 2022/23 ein Oberseminar über „Europas neue Aufmerksamkeit für den Osten: Aktuelle Entwicklungen der Erweiterungs-, Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik der EU“ an.

Dr. Gero Kellermann nahm an der Vollversammlung des Bayerischen Städetags in Regensburg teil. Thema war „Die Städte im Klimawandel“.

Dr. Giulia Mennillo leitete beim Frauenkongress der IHK Karlsruhe einen Workshop zum Thema „Frau in Arbeit“. Sie wurde eingeladen als Panelistin bei der Podiumsdiskussion „Gasverteilung: Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?“ des BR und vbw. Ebenso nahm sie als Panelistin bei der Podiumsdiskussion „Moderne Arbeitswelten (m/w/d) gesucht!“ in München teil und wurde vom Munich Science Communication Lab (MSCL) als Expertin zum Workshop „Inflation & Planetary Health“ eingeladen.

Dr. Anja Opitz hielt für den Generalstabslehrgang International an der Führungsakademie der Bundeswehr einen Vortrag zum Thema „Sicherheitssektorreform als Element von Stabilisierungsoperationen.“ Für das Goethe-Institut führte sie mit den Debattierenden im Rahmen des Projekts Jugend debattiert in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ein Expertengespräch zum Halbfinalthema „Wehrpflicht in Europa“.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Bei der Münchener „Konferenz der ‚Stadtmacher:innen‘“ hielt **Prof. Dr. Ursula Münch** in der Kleinen Olympiahalle die Keynote zum Thema „Bürgernahe Politik und politikferne Bürger:innen. Vom Dilemma der Kommunalpolitik und Wege daraus für das München der Zukunft“. Im Rahmen einer von der Stiftung „Wertebündnis Bayern“ initiierten Podiumsrunde „Wie jugendlich sind Werte?“ moderierte sie eine Podiumsrunde, in der unter Beteiligung u.a. der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, auch über die Ergebnisse der zweiten Wertestudie „Werte-Atlas Bayern“ diskutiert wurde (die Umfrage ist über die Webseite der Stiftung abrufbar).

Fest- und Jubiläumsveranstaltungen unterschiedlicher Organisationen (u.a. Gymnasium Unterhaching, Brucker Forum, Dachauer Forum, Rotary Clubs München-Martinsried und Oberstaufen-Immenstadt) gaben Anlass für Vorträge zu den Herausforderungen durch die aktuelle „Multikrise“ und die Ursachen des wachsenden Verlusts an Vertrauen in die Politik. Auch ihr Referat beim „Windberger Gespräch“ auf Einladung des Freundeskreises der Abtei Windberg drehte sich um Ursachen und Symptome der nachlassenden Demokratiezufriedenheit und die Frage nach dem „Was tun?“. Vor der Landesversammlung des Bayeri-

schen Gemeindetags befasste sie sich mit der Frage der vorgeblichen „Spaltung Deutschlands“ und dem politischen und medialen Umgang mit Zukunftsängsten und Verunsicherung. Und auf Einladung des Bildungswerks für Kommunalpolitik Baden-Württemberg analysierte sie die „bürgерliche Lust am Widerstand“ und befasste sich mit einer Frage, die angesichts des notwendigen Ausbaus Erneuerbarer Energien immer dringlicher wird: Warum scheitern Infrastrukturprojekte, und welche Möglichkeiten gibt es aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, dies zu verhindern? Im Rahmen des Jubiläumskolloquiums 2022 des Forschungszentrums RISK an der Universität der Bundeswehr München moderierte Prof. Münch ein Gespräch über den Einsatz verschiedener staatlicher Instrumente angesichts globaler Herausforderungen, an dem u.a. die frühere Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sowie der Ko-Vorsitzende der bayerischen Grünen teilnahmen. Und bei der Ringvorlesung ihrer Fakultät an der UniBw, die die verschiedenen Facetten der „Zeitenwende“ in den Blick nimmt, verglich die Direktorin die „Zeitenwende“ mit früheren „rapiden Politikwechseln“ in der Bundesrepublik; diese sind übrigens gar nicht so selten, wie unser gewaltenteilendes System es eigentlich nahelegt.